

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wollfr. 65

Abonnementpreis d. Boten vierteljährl. 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile ober deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Simberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Mittelverbund Bochum

Löhne und Lohnbewegungen im deutschen Bergbau.

Im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 40 vom 24. Oktober 1926) sind die amtlich ermittelten Löhne der verschiedenen Bergbaubezirke veröffentlicht. Diese Uebersicht zeigt wohl die Entwicklung der Löhne seit dem Jahre 1913. Die Schwierigkeiten, die bei der bekannten Einstellung der Unternehmer bei jeder Lohnforderung überwunden werden müssen, sind jedoch daraus nicht ersichtlich. Um jeden Pfennig Lohnhöhung mußte erbittert gekämpft werden und nur in den seltensten Fällen war es möglich, durch Vereinbarung der Parteien zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis zu gelangen. In den weitaus meisten Fällen mußten die staatlichen Schlichtungsinstanzen angerufen werden, die erst nach endlosen Sitzungen eine Entscheidung fällten, die auch nicht immer den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprach. Daß die Forderung nach höherem Lohn und sozialer Besserstellung berechtigt ist, wird heute von keiner Stelle, auch nicht von Seiten der Unternehmer, bestritten. Sie weisen aber immer wieder auf die schlechte Lage ihrer Werke hin und sehen schon ihre Unternehmungen unter der Last der „untragbaren Lohnhöhung“ zusammenbrechen. Bis heute allerdings hat noch keine Beside den Konturs angemeldet, noch kein Unternehmer oder Aktionär die Erwerbslosenfürsorge, wie so mancher Kumpel, in Anspruch nehmen müssen. Im Gegenteil hat eine Hochkonjunktur eingesetzt, wie sie der deutsche Kohlenbergbau noch nie erlebt hat. Den Vorteil davon haben jedoch nur die Unternehmer, während den Arbeitern gnädigt gestattet wird, durch Uebersichteten ihre jämmerliche Lage zu verbessern. Schuld an der Brüstierung der Arbeiterforderungen tragen zum großen Teil die vielen Alzubielen, die heute noch glauben, ohne eine organisierte Interessenvertretung auskommen zu können. Die Lohnentwicklung zeigte ein anderes Bild, wenn die Belegschaften sich restlos in den Gewerkschaften sammelten. Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß jeder Arbeitsstehende mit den jetzigen Verhältnissen einverstanden ist, keine Besserung seiner Lage wünscht und dadurch die Position der Unternehmer ungeheuer stärkt.

Die Entwicklung der Löhne in den Hauptbergbaubezirken seit 1913 zeigt folgendes Bild:

Steinkohlenbergbau.

Lohn- und Gehaltsdauer	2. Vierteljahr		Entwicklung	
	1914	1926	1914	1926
Ruhrbezirk	6,50	8,48	130,4	129,9
Wachen	6,02	7,46	123,9	124,9
Oberschlesien	5,87	7,19	120,8	135,1
Sachsen	4,98	6,76	135,7	140,5
Niederschlesien	4,18	5,65	135,5	137,4

Vorstehende Löhne sind Leistungslöhne zuzüglich aller Zuschläge für Ueberarbeit sowie des Hausstands- und Ständergeldes. Nicht berücksichtigt sind Urlaubsgeldzuschläge und der Wert der wirtschaftlichen Beihilfen (Deputatlohn). Gemessen an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten haben die Löhne längst nicht den Stand der Vorkriegslöhne erreicht. Doch müssen zu den oben angeführten Löhnen in allen Revieren die in letzter Zeit abgeschlossenen Lohnhöhungen hinzugezählt werden. So erhöhten sich die Löhne im Ruhrbezirk ab 1. September um durchschnittlich 20 Pf. je Schicht, in Wachen ab 1. Oktober um 4 Prozent, in Niederschlesien um 5-7 Prozent ab 1. Oktober und in Sachsen gleichfalls um 3 Prozent ab 1. Oktober. In Oberschlesien brachte der Schiedspruch vom 24. September keine Lohnhöhung. Die Verbindlichkeitsklärung wurde abgelehnt. Ueber die im Anschluß daran gestellten neuen Lohnforderungen ist am 12. November in Gletwitz verhandelt worden, deren Ergebnis aber zurzeit noch nicht vorliegt.

Neben den vorstehend angeführten Bezirken haben aber auch in den übrigen Steinkohlenrevieren Lohnverhandlungen geführt werden müssen, die gleichfalls, wenn auch zum Teil unbefriedigende Lohnaufbesserungen mit sich brachten. So wurde im bayerischen Beckkohlenbergbau ein Schiedspruch gefällt, der ab 15. November den Dauerlohn von 4,70 auf 4,90 Mk. erhöht. Im bayerischen Steinkohlenbergbau dürfen die Sozialzulagen ab 1. Oktober nicht mehr in den Tariflohn eingerechnet werden, so daß sich vom gleichen Zeitpunkt ab der Tariflohn um den Betrag von Hausstands- und Ständergeld erhöht. Im Saargebiet wurden die Löhne ab 1. September um 1,31 bis 1,65 Fr. aufgebessert. Ein neues Angebot der Verwaltung, das eine Erhöhung der Löhne ab 1. November um 1,31 bis 1,65 Fr. vorsah, wurde von den Gewerkschaften als ungenügend abgelehnt. Am 3. November fanden erneut Verhandlungen statt. In dieser Verhandlung beugte sich die Verwaltung zu dem Zugeständnis, den Multiplikator um 13 Punkte von 223 auf 236 rückwirkend ab 16. Oktober zu erhöhen. Prozentual erhöhten sich die Löhne um 5,8 Prozent oder für den Kohlenbauer bei 10 Fr. Gedingelohn um 2,14 Fr. Die Wettermänner erhalten ab 1. Nov. eine besondere Zulage von 0,75 Fr. je Schicht. Der Lohn der Sandwerfer über 23 Jahre erhöht sich vom gleichen Zeitpunkt ab um 0,05 Fr. je Stunde. Diese Vereinbarung wurde von beiden Parteien angenommen.

Wie vorstehend schon ausgeführt, kann die derzeitige Lohnhöhe absolut nicht befriedigen. Abgesehen davon, daß unter Berücksichtigung des Lebenshaltungsindex, der außerdem von Ar-

beiterseite, und das mit Recht, angezweifelt wird, der Lohn der Vorkriegszeit längst nicht erreicht ist, kommt als erschwerendes Moment weiter hinzu, daß auch die Abzüge vom Arbeitslohn in Gestalt von Steuern und Arbeitslosenversicherung den Lohn weiter herunterdrücken. Die erhöhten Beiträge zur Sozialversicherung belasten den Bergarbeiterhaushalt zurzeit gleichfalls äußerst schwer, doch sind die hierfür aufgebrauchten Mittel als Spargrößen anzusprechen. Die Knappschaftsversicherung ist die beste Sparkasse des Bergarbeiters, da mit ihrer Hilfe bei eintretender Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit die größte Not beseitigt wird und das eingezahlte Geld sich hundertfach verzinst.

Braunkohlenbergbau.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft in den Braunkohlenrevieren Mitteldeutschland und Rheinland:

	2. Vierteljahr		Steigerung in %
	1914	1926	
Mitteldeutschland	3,97	5,90	148,6
Rheinland	4,41	7,28	165,1

Die Entwicklung der Löhne in den Braunkohlenrevieren zeigt ein etwas günstigeres Bild wie diejenige der Steinkohlenreviere, trotzdem die Höhe der Löhne von einigen Steinkohlenrevieren noch übertroffen wird. Wenn auch der Reallohn der Vorkriegszeit überschritten wurde, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Löhne der Vorkriegszeit den tatsächlichen Verhältnissen nicht angepaßt und viel zu niedrig waren.

Auch im Braunkohlenbergbau sind in den letzten Monaten Änderungen der Lohnsätze eingetreten, die in der vorstehenden Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnten. So erhöht sich der Durchschnittslohn für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ab 1. Novbr. um 3,5 Prozent, während im rheinischen Revier der tarifliche Durchschnittslohn ab 1. Oktober 7,71 Mk. betragen muß. Neben den vorstehend angeführten und in der amtlichen Statistik veröffentlichten Löhnen haben auch in den übrigen Revieren Lohnbewegungen stattgefunden. Der Durchschnittslohn im Dürener Braunkohlenbergbau erhöht sich beispielsweise ab 1. Okt. von 5,15 auf 5,20 Mk., im Braunkohlenbergbau Oberhessen und Westerbald wurde durch Schiedspruch der Durchschnittslohn von 3 auf 3,15 Mk. geändert, so daß der tarifliche Durchschnittslohn jetzt 3,15 Mk. plus 10 Prozent für Ueberarbeit plus 20 Prozent Gedingezuschlag gleich 4,10 Mk. beträgt.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau bestanden Schwierigkeiten um die Auslegung des Begriffs der Arbeitszeit. Während die Unternehmer den Standpunkt vertraten, der Weg von un zur Arbeitsstelle in den Tiefbaugruben rechnet nicht zur tariflich festgesetzten Arbeitszeit, machten die Arbeiter den entgegengesetzten Standpunkt geltend. Die aus diesem Grunde angerufene Oberschiedsstelle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fällt eine Entscheidung, daß der Weg vom Füllort bis zur Arbeitsstelle und zurück nicht als Arbeitszeit gilt. Dadurch wird den Arbeitern der Tiefbaugruben die tägliche Schichtzeit um eine halbe bis drei-

viertel Stunde verlängert. Um diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, haben die Arbeiter die Ueberarbeit am 15. Novbr. zum 30. November gekündigt.

Erzbergbau.

Wenn auch der deutsche Erzbergbau nicht die überragende Bedeutung in der Wirtschaft besitzt wie beispielsweise der Kohlenbergbau, so ist doch seine völlige Ausschaltung und Stillelegung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Leider ist die ausländische Konkurrenz so stark, daß ohne die Gewährung von staatlichen Zuschüssen der Siegerländer Eisenbergbau längst zum Erliegen gekommen wäre. Die starke Konkurrenz ausländischen Erzes findet ihren Niederschlag in den geringen Löhnen, die im deutschen Erzbergbau gezahlt werden. Laut amtlicher Statistik zeigt die Lohnentwicklung folgendes Bild:

	Jahres		Gesamtbelegschaft	
	Durchschn. 1913	2. Quartal 1926	Durchschn. 1913	2. Quartal 1926
Mansfeld (Kupfer)	4,18	5,75	137,5	3,95
Oberharz	4,59	5,83	127,0	3,94
Siegen	5,30	6,72	126,8	4,65

Vorstehende Löhne wurden erhöht im Kupferbergbau Mansfeld ab 1. Sept. um 5 Prozent, während im Siegerländer Eisenbergbau die bisherigen Löhne laut Schiedspruch vom 24. Sept. bestehen blieben. Weitere Lohnhöhungen wurden erzielt im Zinnbergbau Sachsen von 5,49 auf 5,70 Mk. ab 10. Okt., im Erzbergbau Oberhessen um 5 Prozent ab 1. Sept., im Eisenbergbau an der Ruhr um 6,25 bis 14,19 Prozent ab 1. Okt. und im Eisenbergbau Nieder Sülte um 10-20 Pf. je Schicht.

Auch in den übrigen Bergbaurevieren wurden Lohn- und Tarifkämpfe geführt, so im Schiefer-, Salz- und Delbergbau, während der Lohnsatz der Kaliindustrie gekündigt ist, Verhandlungen jedoch noch nicht stattgefunden haben. Einen schönen Erfolg zeigten die Verhandlungen im Delbergbau, wo es gelang, den tariflichen Durchschnittslohn von 4,35-5,40 Mk. auf 4,56-5,72 Mk. und den Urlaub für Arbeiter unter Tage von sechs auf acht Tage zu erhöhen. Gelehrte Handwerker und Schichtführer erhalten außerdem je Schicht 10 Pf. extra. Die neuen Bedingungen sind am 15. Oktober in Kraft getreten.

Vorstehender Auszug aus den Lohnkämpfen der letzten Zeit zeigt zur Genüge, daß die Anstrengung der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern, in sehr vielen Fällen von Erfolg gekrönt war. Aber noch viel mehr bleibt zu tun. Noch gibt es Bergbaubezirke, wo der gezahlte Lohn einen Lohn für unsere Kultur bedeutet; noch immer gibt es Reviere, wo der Bergmann 10-12 Stunden je Schicht arbeiten muß. Diese unwürdigen Zustände zu beseitigen, wird und muß die Aufgabe der kommenden Monate sein. Erfolge werden sich aber nur dann einstellen, wenn die Bergarbeiter sich restlos dem Verband anschließen, um mit vereinten Kräften bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Scharfmacher an der Arbeit.

Die deutschen Unternehmer sind sich in ihrer Stellung zu den Gewerkschaften nicht einig. Wohl seien sie geschlossen, wenn es ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen erfordern. Die Gewerkschaftsfrage dagegen bildet eine Streitfrage im Unternehmerrager. Das beweisen die jüngsten Vorgänge.

Wenn wir einmal von einer kritischen Würdigung der Reden Silberbergs absehen und nicht beurteilen wollen, ob seine Ausführungen grundsätzlicher oder taktischer Art gewesen sind, so bleibt doch eins bestehen: Silberberg und seine Anhänger bewerten die freigeorganierten Arbeiter als einen bedeutsamen Faktor, mit dem gerechnet werden muß. Die praktischen Schlussfolgerungen, die man aus dieser Erkenntnis zieht, liegen in der Anerkennung der Gewerkschaften. Man findet sich zwangsläufig mit den gegebenen Tatsachen ab.

Nicht alle Unternehmer sind dazu bereit. Es gibt noch eine Gruppe von kurzfristigen reaktionären Unternehmern, die das zwangsläufige Geschehen in der Geschichte nicht anerkennen wollen. Zu dieser Richtung zählt die 1924 in Berlin gegründete „Deutsche Industriellen-Vereinigung“, die damals schon proklamierte: „An Stelle der klassenkämpferischen Zerreißung der Betriebe muß die Werksgemeinschaft treten. Freie Entschließung der Arbeiter und Unternehmer, sich in der Werksgemeinschaft zu finden. Weg mit allen hindernden staatlichen Vorurteilen!“

Dieser gewerkschaftsfeindlichen Richtung hat sich nun eine neue Gruppe zugefügt. Anfang November hat man in Berlin eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschaft- und Sozialpolitik“ gegründet. Die Macher dieser neuen Gesellschaft setzen sich aus Unternehmern der verschiedenen Industrien zusammen. Den Vorsitz hatte ein Direktor Dr. Horst von der Norddeutschen Wollkammerei und Kamungarnspinnerei. Der Auftrag zum Zusammenschluß hatten mit unterzeichnet der leitende Redakteur der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ und der jattam bekannte Professor Duntmann, der auch auf der Tagung als Redner auftrat.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu folgendes:
„Leiter der neuen Gründung ist das Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Generaldirektor Dr. Horst. Dieser hat ein

Schreiben an die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und an den Reichsverband der deutschen Industrie gerichtet, in dem er sich auf das heftigste gegen die Ausführungen Silberbergs anlässlich der Dresdener Industriellenversammlung wandte, diese als unerhört bezeichnet und vor allem dagegen protestiert, daß Silberberg es gewagt habe, die deutsche Arbeiterbewegung mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu identifizieren. In gebäufiger Weise wandte er sich auch gegen diejenigen Wendungen Silberbergs, die die Verdienste eines Le-gien und Ebert um den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft hervorhoben.

Die Einstellung des Herrn Horst zu den freien Gewerkschaften ist bekanntlich nicht vereinigt. Sie deutet sich weitgehend mit dem, was der Schmirindustrielle Dr. Fischer in Dresden und auch bei anderen Anlässen unter Zustimmung seiner deutschen nationalen Freunde gegen Silberberg eingewandt hat. Man hat nun versucht, die Opposition zu sammeln und zunächst nach berühmtem Muster eine Art Studiengesellschaft zu gründen, die das notwendige pseudowissenschaftliche und agitatorische Material sammeln und bei den Industriellen das metallisch klingende Interesse wecken soll, um die Werkereinsbewegung in größerem Maße zu entfachen.“

Diese Bewegung verdient größtes Interesse, weil sie in engen Zusammenhang mit anderen Einrichtungen gebracht werden muß. Die Gründer des „Duta“ werden nämlich ihr Wert, das sich auch auf den Werkergemeinschaftsgedanken aufbaut, auch zur Geltung bringen wollen. Von verschiedenen Seiten wird so versucht, die Arbeitergewerkschaften zu zerklüften. Das gelingt natürlich nicht, selbst wenn die Unternehmer ihre Anstrengungen um das Behnische steigern. Trotzdem sind diese Tendenzen bekämpfungswürdig, denn sie gefährden die notwendige gewerkschaftliche Geschlossenheit in entscheidenden Augenblicken.

Für die deutschen denkenden Arbeiter ist die „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die freie Gewerkschaftsbewegung. Sie ist die beste Waffe gegen soziale Rückständigkeit und reaktionären Nachhunger. Sollen wir uns diese Waffe schärfen, so wird die Zeit auch die reaktionären Ideen hinwegspülen und national-fürliche Ketter eines besseren belehren.

Kameraden!

nicht nur eine kameradschaftliche Pflicht, sondern ein Gebot der Menschlichkeit. Im siebten Streikmonat glauben sie an ihren Sieg. Wir wollen diesen Glauben stärken und nach bester Kraft mithelfen. Die Entscheidung drängt. Mehr denn je zwingt die entscheidende Stunde zur Forderung:

Der Kampf der englischen Bergarbeiter geht weiter. Viele Gegner berichten schon wochen- und monatelang von einer Niederlage der Bergarbeiter. Die Friedensbemühungen und Verhandlungsergebnisse in den letzten Tagen beweisen jedoch, daß der Sieg noch umstritten ist. Hartnäckig mit größtem Opfermut verteidigen die hungernden englischen Kameraden ihre Rechte. Sie finanziell zu unterstützen ist

Helft siegen!

Kampf um Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nach amtlichen Erhebungen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. Oktober insgesamt 1.339.194. Außerdem waren 136.833 Zuschlagsempfänger und 129.241 Notstandsarbeiter vorhanden. Diesen Opfern der Wirtschaftskrise für die kommenden Wintermonate eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, war eine Aufgabe, die der Reichstag zu Anfang dieses Monats erledigen sollte.

Zur Debatte im Reichstag standen zunächst die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses, die folgendes vorsehen:

a) Bis zum 31. März 1927 sind die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November 1926 ab wie folgt zu erhöhen:

1. für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 Prozent;
2. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent.

b) Die obere Grenze für die Erwerbslosenunterstützung ist so zu gestalten, daß auch das vierte Kind (der fünfte Familienangehörige) den vollen Zuschlag erhält.

c) Durch Ausführungsbestimmungen ist sicherzustellen, daß die Prüfung der Bedürftigkeit gleichmäßig und dort, wo es bisher nicht geschehen war, entgegenkommend abgelaufen wird. (Feststellung von Bedarfssachen für den Arbeitslosen und seine Angehörigen. Kleinerer Besitz — Spargrößen, Hausrat, kleines Eigenheim, das keine nennenswerten Nettoeinnahmen abwirft usw. — darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit führen.)

d) Es ist zu verhindern, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeitstätigkeit im Wege der Pflichtarbeit besetzt werden.

e) Es ist sicherzustellen, daß den Erwerbslosen die Unversicherungen in der Invaliden-, Angestellten- und Invaliditätsversicherung nicht verloren gehen.

Es sollen ferner unverzüglich Gesetzesentwürfe vorgelegt werden, nach denen a) die Bezugsdauer für die Ausgesteuerten verlängert wird, b) gegen erwerbslose Mieter Verfahren wegen rückständiger Mieten mit dem Ziel der Zwangsäumung nicht durchgeführt werden dürfen. Außerdem hat der Ausschuss beschlossen, daß die Leistungen der Wohnungsfürsorge auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet werden dürfen.

Die sozialdemokratischen Anträge, die schon bei Zusammentritt des Reichstages gestellt wurden, sahen für Hauptunterstützungsempfänger eine Erhöhung der Bezüge um 30 Prozent und für die Familienzuschläge eine solche von 20 Prozent vor. In der Bedürftigkeitsfrage sollten gleichfalls ungerechte Beschränkungen fallen gelassen werden.

Die Schlussabstimmung über die vorliegenden Anträge führte zu einer leichten Ueberrückung. Die Deutschnationalen und Kommunisten stimmten für den sozialdemokratischen Antrag und lehnten dann den Regierungsvorschlag ab. Damit war statt Erhöhung der Unterstützung um 10 und 15 Prozent eine solche von 20 bzw. 30 Prozent beschlossen. In dieser Sachlage änderte sich auch nichts durch die nachträgliche Erklärung der Deutschnationalen, die betonten, daß sie mit ihrer Zustimmung sich nur ein billiges Manöver erlaubt hätten. Im übrigen glaubten sie nicht an die praktische Durchführbarkeit dieser Anträge. Die Regierungsparteien sprengten daraufhin durch Verlassen der Plätze die Sitzung.

In der Sitzung am 9. November präzisierte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Stellung der Regierung wie folgt:

„Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenunterstützung an die wechselnden wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und dabei den Reichstag zu hören. Sie hat bisher stets dabei mit dem Reichstag und mit dem Sozialpolitischen Ausschuss und mit dem Hauptauschuss vor ihren wichtigsten Beschlüssen Stellung genommen. Das ist auch diesmal in ausgiebigen Beratungen geschehen. Das endgültige Ergebnis dieser Beratungen ist in den von den Regierungsparteien vorgelegten Erhebungen zu sehen. Auf den gleichen Boden hat sich auch der Haushaltsausschuss gestellt. Der Sozialpolitische Ausschuss hat großen Wert darauf gelegt, die neuen Unterstützungssätze noch in dieser Woche in Kraft treten zu lassen. Nach den Erklärungen der Partei am Montag steht fest, daß es sich bei den Beschlüssen zum Teil um tatsächliche Abstimmungen gehandelt hat und tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die beschlossene Erhöhung um 30 Prozent für die Hauptunterstützungsempfänger und um 20 Prozent für die Familienzuschläge nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Reichsregierung

entschlossen, an der dem Reichstag bereits unterbreiteten Vorlage in Einklang mit den Regierungsparteien und den Beschlüssen des Ausschusses festzuhalten und auf dem Wege der Verordnung die Unterstützungssätze um 15 und 10 Prozent zu erhöhen. Die Reichsratsausschüsse haben dem Vorschlag der Regierung bereits ihre Zustimmung erteilt und daraufhin ist die Verordnung in Kraft getreten. Nur so ist zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuss der erhöhten Unterstützung kommen. Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Lasten werden vom Reich getragen werden.“

Trotz der Abstimmung, die sich für die Erhöhung der Bezüge im Sinne der sozialdemokratischen Anträge ausdrückt, verbleibt es demnach bei dem Regierungsvorschlag. Der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem soz. Antrag liegt nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers in der Gefahr der Ueberschneidung der Löhne. Was für Löhne das sind, hat der Reichsarbeitsminister nicht gesagt. Es sind Gläuberslöhne in des Wortes verengster Bedeutung. Die Feststellung des Reichsarbeitsministers, daß bei einer Durchführung des sozialdemokratischen Antrags 20 Prozent der Unterstützungsempfänger ihre Löhne überschritten oder sehr dicht an sie herankommen, spricht für jeden sozial denkenden Menschen Bände. 20 Prozent der Unterstützungsempfänger beziehen also Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen. Eine geradezu aufreizende Feststellung! Mit dem bequemen Hinweis, daß man mit der Erwerbslosenunterstützung keine Lohnpolitik treiben könne, ist für die Regierung die Sache abgetan. Für die Arbeiterschaft ist das nicht der Fall!

Die neuen Erwerbslosenunterstützungssätze

nach der Regierungsverordnung betragen ab 8. November als Höchstmaß in Berlin pro Wochentag:

1. für Personen über 21 Jahre:
 - a) alleinstehende 2,03 M
 - b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstühtungswochen 1,78 "
 - c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstühtungswoche ab 1,96 "
2. für Personen unter 21 Jahren:
 - a) alleinstehende 1,36 "
 - b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstühtungswochen 1,08 "
 - c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstühtungswoche an 1,19 "
3. als Familienzuschläge für
 - a) den Ehegatten 0,55 "
 - b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 0,39 "

Einschließlich der Familienzuschläge darf z. B. in Berlin die Unterstützung, die ein Erwerbsloser für den Wochentag erhält, in keinem Fall folgende Beträge (Ergänzungssätze) übersteigen:

1. während der ersten acht Unterstühtungswochen 3,89 M., also 2,34 M. wöchentlich;
2. vom Beginn der neunten Unterstühtungswoche ab 4,07 M., also 2,42 M. wöchentlich.

Im Sinne dieser Anordnung sind „alleinstehende“ Erwerbslose solche, die weder Familienzuschläge beziehen, noch dem Haushalt eines anderen angehören; „nicht alleinstehende“ Erwerbslose“ sind alle übrigen.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweifelhafte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Für verstärkten Wohnungsbau. Gegen Erhöhung der Mieten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestellten-(A.F.)-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben gemeinsam folgende Richtlinien beschlossen:

Die heutigen Verhältnisse im Wohnungswesen zeigen, daß die Wohnungsnot nicht abgenommen hat, sondern noch gestiegen ist. Wenn auch die Schätzungen über die Zahl der fehlenden Wohnungen erheblich auseinandergehen und wenn man auch nicht die Ziffern, die uns 1,5 Millionen und mehr fehlende Wohnungen angeben, als richtig ansehen will, so werden doch mindestens in ganz Deutschland 800.000 Wohnungen weniger vorhanden sein als

heute zur Befriedigung des dringendsten Wohnbedürfnisses unbedingt notwendig sind. Zu dieser Zehlfiffer von 800.000 Wohnungen kommt der jährliche Neubedarf, den man zurzeit mindestens mit 150.000 Wohnungen für Deutschland annehmen muß.

Um nun zu erreichen, daß wir planmäßig nicht nur jährlich den Neubedarf an Wohnungen erstellen, was bisher in der Nachkriegszeit noch in keinem Jahre gelungen ist, sondern darüber hinaus auch systematisch die Erstellung der fehlenden Wohnungen durchführen, ist von der Reichsregierung ein für die Länder und Gemeinden bindendes Mindestwohnungsbauprogramm aufzustellen, wodurch das zu erreichende Ziel in absehbarer Zeit sichergestellt wird. Ein derartiges Mindestwohnungsbauprogramm für Deutschland hat nur die Wohnungsbehörde der minderbemittelten Volksklassen ins Auge zu fassen. Bei Erstellung dieser Wohnungen muß daher von der Tatsache ausgegangen werden, daß den minderbemittelten Volksklassen, den Arbeitern, Beamten und Angestellten nicht zugunsten der Wohlhabenden, Zuschüsse aus eigenen Mitteln zum Bau oder zur Beschaffung der Wohnungen zu leisten, es denn, daß es sich um Genossenschaftsanteile handelt, die in Raten eingezahlt werden können und einen Höchstbetrag von 500 M nicht übersteigen. Dabei darf jedoch die Zuweisung einer derartigen Genossenschaftswohnung nicht davon abhängig gemacht werden, daß diese 500 M. vor der Zuweisung der Wohnung voll eingezahlt sind.

Durch Reichsgesetz ist bestimmt, daß in den Mietwohnungen die Miete bis zum 31. März 1927 die Friedensmiete nicht übersteigen darf. Unter Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftslage und der Möglichkeiten, die den Gehaltsempfängern und Lohnarbeitern verbleiben, um ihr Einkommen zu verbessern, ist nicht damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit Mietsteigerungen tragbar sind. Unter diesen Umständen können die Mieten auch am 1. April 1927 nicht gesteigert werden, zumal der jetzt den Hausbesitzern von der Miete für die Deckung ihrer Unkosten verbleibende Betrag für ein ordnungsmäßige Wohnungsbewirtschaftung und Wohnungsunterhaltung vollständig ausreicht.

Wegen der Dringlichkeit der Sache muß dafür gesorgt werden, daß das Programm schleunigst, spätestens vor Ende dieses Jahres verabschiedet wird, um die Wohnungsbaufähigkeit von 1927 an bereits darauf einzustellen. Auch Ergänzungen durch Länder und Gemeinden, insbesondere Programänderungen für die nächsten Jahre, müssen so rechtzeitig verabschiedet werden, daß bis zum Ende eines jeden Jahres die Verhältnisse für das kommende Jahr vollständig klar sind und die bauausführenden Organisationen wissen, unter welchen Voraussetzungen sie im neuen Jahre arbeiten können. Einem Mindestwohnungsbauprogramm müßten folgende Richtlinien zugrunde gelegt werden:

Das Wohnungsbauprogramm wird davon ausgehen müssen, daß jährlich der Bau von mindestens 250.000 Volkswohnungen möglich gemacht wird. Daneben ist zu fordern, daß ein Zukunftsbauprogramm durchgeführt wird, wenn dies die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen.

Die Baukosten für eine Neubauwohnung von durchschnittlich 60—65 qm Wohnfläche müssen im Reichsdurchschnitt mit 10.000 M. angelegt werden.

Die Finanzierung dieser Wohnungsbauaktivität findet wie folgt statt: erste und zweite Hypothek 40 Prozent des Gesamtwertes = 4000 M., Hauszinssteuerhypothek 55 Prozent des Gesamtwertes = 5500 M., Eigenkapital 5 Prozent des Gesamtwertes = 500 M.

Das Reich hat in Gemeinschaft mit den Ländern und Gemeinden dafür zu sorgen, daß die Finanzierung dieser Wohnungsbauaktivität so sichergestellt wird, daß die Mieten in diesen Neubauten höchstens 10 Prozent über die örtlich angemessenen Friedensmieten hinausgehen.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Einparung von Baukapital durch eine Rationalisierung der Bauwirtschaft im Sinne des Serienbaues unter weitestgehender Typisierung der Bauten und der Normalisierung der Bauteile. Zu diesem Zwecke haben die Länder und Gemeinden darauf Bedacht zu nehmen, daß das öffentliche Baukapital nicht als Individualbau verstreut, sondern soweit als möglich zu Großaufträgen konzentriert wird, die unter fachverständiger Leitung erfahrener Bauwirtschaftler und Architekten zur Ausführung zu bringen sind.

Die reibungslose Durchführung des Bauprogramms scheiterte bis jetzt vielfach an dem bürokratischen Instanzenzug, den gerade der Wohnungsbaubau bei der Einholung von Genehmigungen von den verschiedensten Dienst- und Amtsstellen zu überwinden hatte. Dieser bürokratische Instanzenzug ist bewußt abzubauen und die Genehmigungserteilung in eine Hand zu legen.

Werkwohnungen dürfen mit Unterstützung öffentlicher Mittel weder direkt noch indirekt geschaffen werden.

Wissen, Beruf, Leben.

Berichte zur Kohlenverflüchtigung.

Die Möglichkeit, den festen Brennstoff Kohle als flüssigen Brennstoff, also in Kohlenwasserstoffe zu verwandeln, beruht auf der Tatsache, daß Kohle neben Kohlenstoff auch ganz beträchtliche Mengen Wasserstoff enthält. So enthält die Weichener Braunkohle neben 70 Prozent Kohlenstoff, 5 Prozent Sauerstoff und 0,8 Prozent Stickstoff rund 3 Prozent Wasserstoff. Die schlesische Steinkohle setzt sich aus 86,5 Prozent Kohlenstoff, 8 Prozent Sauerstoff, 4,5 Prozent Wasserstoff und 0,8 Prozent Stickstoff zusammen. Das natürliche Gas ist aber auch nichts anderes als eine Kohlenwasserstoffverbindung. Man gewinnt es bekanntlich aus dem Kohleerzeugnis. In den Petrochemiebetrieben wird durch eine systematische Destillation die Trennung des Kohleerzeugnisses in seinen verschiedenen Bestandteilen bewirkt, die sich auf die verschiedensten hohen Stufen der einzelnen Bestandteile gründet. Auf der ersten Stufe werden die leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffe (Benzin) bei einer Temperatur von 150 Grad Celsius ausgeblendet. Das ist die leichte Fraktion. Die Erzeugung der Temperatur von 150 auf 200 Grad Celsius ergibt das Aceton oder Petroläther. Die 2. Stufe zeigt Temperaturen über 200 Grad Celsius vor. Sie liefert vor allem Diesel, die leichtflüchtigen und bei niedrigen Temperaturen verdunstenden Bestandteile, wie Benzol, Paraffin und andere sehr Proballe.

Wenn man heute immer wieder die Frage erörtert, künstliches Benzin aus Kohle herzustellen, denkt man an drei Verfahren. Sie gehen darauf aus, Kohlenwasserstoffe mit Wasserstoff zu verbinden bzw. Kohlenwasserstoffe anzulagern oder anzureichern. Der Prozess wird bei dem Verfahren der F. O. Farbenindustrie und des Geheimnisses Dr. Fischer vom Kohleforschungsinstitut München durch Kohlenwasserstoffe, die Kontaktmasse oder den Katalysator, bewirkt. (Katalytische Reaktion). Das Verfahren nach Dr. Bergius arbeitet ohne Kontaktmasse, woran die besondere Wirtschaftlichkeit des Bergiusverfahrens beruht. Das Verfahren des Fischertrags insbesondere stützt sich auf die Erkenntnis, daß Kohlenoxyd in Gegenwart geeigneter Katalysatoren mit Wasserstoff verbunden, zur Reaktion gebracht werden kann. Unter Katalysatoren versteht man Verbindungen aus Nickel, Kobalt, Eisen usw. Je nach Art der angewandten Kontaktmasse (Katalysatoren) und der Arbeitsbedingungen entstehen bei dem F. O. Farbenindustrie-Verfahren Kohlenwasserstoffe oder Sauerstoffhaltige Kohlenstoff-Wasserstoff-Verbindungen. Man nennt dieses Verfahren das Methanol-Verfahren. Mit ihm werden heute ganz bedeutende Mengen von Methanol aus Kohlen unter Druck hergestellt. Gegenüber dem Methanolverfahren arbeitet das Bergiusverfahren nach Geheimnis Dr. Bergius mit gasförmigen Kohlen (atmosphärischer Druck). &

hat sein Erzeugnis als Synthol bezeichnet. Es handelt sich dabei um kohlenwasserstoff- und alkoholartige Verbindungen, die für die Herstellung von leichtem Öl, der Kraftwagenbetriebsstoffe, von Bedeutung werden können.

Grundsätzlich ist durch das Verfahren der F. O. Farbenindustrie und des Geheimnisses Fischer die Frage der Herstellung von Benzin aus Kohle gelöst. Die Entscheidung, welchem Verfahren man einmal den Vorzug geben wird, hängt davon ab, nach welchem Verfahren sich die Anlage und der Betrieb einer großen Anlage billiger stellt.

Praktisch stehen aber der wirtschaftlichen Anwendbarkeit dieser beiden Verfahren recht bedeutende Schwierigkeiten im Wege. Es kommt bei der Wichtigkeit des zu verwendenden Wasserstoffes darauf an, diesen möglichst billig herzustellen. Gelingt das nicht, so wird die Ausbeutung der beiden Verfahren eben unwirtschaftlich. In dieser Beziehung sind zwei Tatsachen bemerkenswert: Der aus Kohle erzeugte Wasserstoff, der für die Verbindung mit Kohlenstoff und für die Herstellung von Kohlenwasserstoffen verwendet werden soll, ist nicht rein. Er enthält Bestandteile, u. a. Schwefel, die für die Tätigkeit der Kontaktmasse ein Hindernis sind. Die Kontaktmasse wird nämlich von den unreinen Bestandteilen des Wasserstoffes angegriffen, wie der Chemiker sagt, vergiftet. Von Zeit zu Zeit muß also die Kontaktmasse, der Katalysator, gereinigt bzw. erneuert werden. Das kostet nicht nur recht viel Geld, sondern unterbricht auch die kontinuierliche, die fortwährende Erzeugung. Die ganze Lage würde sich natürlich ändern, wenn es gelänge, eine äußerst widerstandsfähige Kontaktmasse zu finden. Es sind zahlreiche Versuche nach dieser Richtung hin unternommen worden, ohne daß man bisher anscheinend zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen ist. Wie es heißt, soll neuerdings der widerstandsfähige Katalysator gefunden sein; jedoch sind nähere Angaben darüber nicht zu erhalten.

Das Münchener Kohleforschungsinstitut ist dazu übergegangen, die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung von Kohlenwasserstoffen mit Hilfe des Katalysators (katalytische Reaktion) auf anderem Wege zu erreichen. Das Verfahren geht nicht nur vom Katalysator, sondern von der Verbindung des zu verwendenden Wasserstoffes aus. Selbstverständlich und bekanntlich möglich ist es auch, daß man vor der Reaktion den zu verwendenden Kohlenwasserstoff vor seinem reinen Bestandteilen abtrennen bzw. aufbereiten kann. Aber dadurch stellen sich die Kosten für den zu verwendenden Wasserstoff so hoch, daß das ganze Verfahren unwirtschaftlich wird. Gelänge es, Fischer soll nun ein Verfahren festgestellt haben, durch das die Aufreinigung der Gase mit geringen Kosten möglich ist. Auch hier fehlen nähere Angaben. Bewährt sich aber das Fischer-Verfahren, so wäre damit der Weg gefunden, auf Grund der katalytischen Reaktion zur Herstellung von synthetischen Ölen (Benzinen) im großen zu kommen. Der Vorteil des Bergiusverfahrens liegt darin, daß er in seiner Verflüchtigung Methanol-ähnlicher aromatischer Öle mit Erfolg verstanden hat.

Das südamerikanische Bergbaugebiet.

Von Friedrich Stockhaus.

Wer heute eine Bergbaustatistik — etwa die des Statistischen Jahrbuches für das deutsche Reich — mustert, wird bald erkennen, daß die derzeitige Ausbeute an Mineralien in Süd- und Mittelamerika, gemessen an der anderer Bergbaugebiete, äußerst gering ist. Ueber diese Tatsache darf auch nicht die Meinung der vielen Schwer- und Edelmetalle — die ihres geringfügigen Ertrages wegen mehr oder weniger nur als verfeinerter Rest der Weltbergwirtschaft erscheinen — hinweggefahren. Eine wirtschaftspolitische, besser gesagt wirtschaftsgeographische Betrachtung Südamerikas, wie sie hier in gedrängter Kürze gegeben werden soll, darf aber nicht, wenn sie wirklich fruchtbar sein und nicht nur registrieren will, am Gegenwartsbild haften bleiben, sondern auf Grund möglichst genauer Forschungen die zukünftige Entwicklung zu erschaffen suchen.

Südamerika ist in erster Linie Agrarland. Dieser Charakter wird, trotz der während des Krieges eingeleiteten sehr intensiven industriellen Entfaltung, die Entwicklung in der nächsten Zeit bestimmen, d. h. es wird Kolonialland ohne nennenswerte Eigenindustrie bleiben. Als solches bildet es Abnehmer der schon industrialisierten Staaten. Ob es in größerem Maße als Siedlungsraum für die überschüssige, auswanderungslustige Bevölkerung der europäischen Industriestaaten in Betracht kommt, hängt zu einem Teile davon ab, die die inneren, die Nequatorialgebiete für Europäer besiedlungsfähig sind. Anzeichen der jüngsten Zeit — die Einwanderungsbeschränkungen und die vielen Rückwanderungen — deuten darauf hin, daß Südamerika nicht in ungenügendem Maße Menschen aufnehmen wird. Uns interessiert in diesem Zusammenhang aber nicht so sehr Südamerika als Wirtschaftszentrum der Großmächte, sondern die Wirtschaftsquellen, die mit Kapital und nur wenigen Arbeitskräften ausgeschöpft werden können — die Bodenschätze.

Schon heute spielen die Bergbauprodukte in den Handelsbilanzen einiger südamerikanischer Staaten eine führende Rolle. Allen voran steht Chile und Bolivien, dann folgt Peru. Chile ist das typische Bergbauland. Eine Musterung seiner Ausführungsliste zeigt, daß es in erster Linie Salpeter ausführt. 1912 betrug der Anteil des Salpeters an der Gesamtausfuhr 85,4 Prozent. 1920 waren es, trotz der verstärkten Konkurrenz des künstlichen Stickstoffes, noch immerhin drei Viertel des Gesamtexports. In zweiter Linie ist Chile Kupferproduzent. Die Ausfuhr belief sich 1923 auf ein Drittel des Wertes der Salpeterausfuhr. Andere Bodenschätze

Aus dem Braunkohlenbergbau.

Zur Lohnfrage.

Auf Grund der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 4. November 1926 wurde folgender Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gefällt:

1. Die Löhne, wie sie in den Schiedsprüchen vom 5. August und 28. August 1925 in Biffer 1 vorgeschlagen worden sind, werden vom 1. November 1926 ab mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß der tarifliche Durchschnittslohn um 3,5 Prozent erhöht wird.
2. Diese Lohnregelung gilt bis auf weiteres; sie kann frühestens zum 31. Mai 1927 gekündigt werden.
3. Die Tarifparteien wollen sich bis zum 10. November 1926 gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über die Annahme dieses Schiedspruches erklären.

Eine Revierrkonferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte unseres Verbandes nahm am 7. November zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen Stellung. In der Diskussion brachten die Kameraden aus den Betrieben zum Ausdruck, daß dieser Schiedspruch den heutigen Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Die Feuerungsverhältnisse sind für den Arbeiter derartig, daß es ihm bei den jetzigen Löhnen kaum möglich ist, nur die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Besonders scharf wandten sich die Kameraden gegen die unmenschlich lange Arbeitszeit und das Ueberstundenwesen. Es wurde betont, daß hier bald eine Milderung geschaffen werden müßte. Die Diskussion wurde beendet durch einstimmige Annahme folgender Entscheidung:

„Die heute tagende Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte des Bitterfelder Reviers nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Lohnverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Sie erklärt, daß der gefällte Schiedspruch sie in keiner Weise befriedigt. In Anbetracht der günstigen Geschäftslage im Braunkohlenbergbau und der glänzenden Geschäftsergebnisse der Werke ist ein Schiedspruch mit einer derartig geringen Lohnsteigerung unverständlich. Die Konferenz erachtet die Verhandlung, alles zu unternehmen, um in der Lohn- und Arbeitszeitfrage die Interessen der Belegschaften wahrzunehmen. Sie fordert die unorganisierten Bergarbeiter auf, sich geschlossen dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anzuschließen, damit menschenwürdige Zustände herbeigeführt werden.“

Zu Punkt „Organisationsfragen“ gab Kamerad Wolfram kurze Erläuterungen über die Minderungen im Unterstütswesen und der Beitragsregelung. Er forderte dann die Funktionäre auf, im Sinne der Ausführungen auf der heutigen Konferenz in den Betrieben tätig zu sein, in der Agitation nicht zu erlahmen, da nur die Geschlossenheit der Bergarbeiter in der Organisation eine Milderung der Verhältnisse herbeiführen kann. Mit der Aufforderung an alle Konferenzteilnehmer, nach diesem Ziele zu streben, um in der nächsten Konferenz einen günstigeren Bericht erstatten zu können, schloß Kamerad Wolfram die gut verlaufene Konferenz.

(Bei Redaktionsschluß ging uns die Meldung zu, daß der Lohnschiedspruch im Braunkohlenbergbau von beiden Seiten angenommen worden ist.)

Verlängerung der Arbeitszeit?

Die Arbeits- bzw. Schichtzeit ist in den deutschen Bergbaubezirken seit Ende des Jahres 1923 recht verschieden. Zwar bestehen noch in fast allen Tarifbezirken die alten Bestimmungen über Schichtzeit aus den damaligen Manteltarifverträgen. Durch die Wirkung der Zwangstarife (Mehrarbeitsstarife) ist jedoch in der Praxis eine wesentliche Verlängerung der Schichtzeit eingetreten. In den Steinkohlenrevieren hat man für die Arbeiter unter Tage die Schichtzeit von 7 bzw. 7½ Stunden auf 8 bzw. 8½ Stunden, für die Tagesarbeiter von 8 auf 9 bzw. 10 Stunden Arbeits- und 12 Stunden Schichtzeit verlängert. In den Tagebauen der Braunkohle wurde die Schichtzeit von 8 auf 12 Stunden festgesetzt. Diese besteht auch jetzt noch. Die einzige Verbesserung, welche im Jahre 1925 im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau erzielt werden konnte, ist, daß am Sonnabend die Tag- wie Nachtschicht zwei Stunden Schichtbeendigung hat, bei Vergütung einer vollen Schicht. Für die Arbeiter in der rheinischen Braunkohle wurde hingegen die 11stündige Schichtzeit erreicht. Die Arbeiter in den Tagebauen der mitteldeutschen Braunkohle haben also eine 70-Stunden-Schicht-Woche oder 30 Arbeitsstunden. Das gilt sowohl für die Abraumarbeiter, Sand-

werker, Schlepper als auch für Kohlenhauer. Arbeiter in durchgehenden Betrieben haben noch eine entsprechend längere Arbeitszeit. Für die Arbeiter in den Tiefbaugruben des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues besteht eine 8- bis 8½ stündige Arbeitszeit. Diese verlängert sich nach dem Schiedspruch vom Dezember 1923 um die Ein- und Ausfahrt sowie die Pausen.

Am 1. Oktober d. J. ist dann eine Entscheidung des Braunkohlenschiedsgerichts unter dem Vorsitz des Oberbergrats Dr. Ebel vom Reichsarbeitsministerium ergangen, nach der auch der Weg vom Schacht unter Tage bis zur Arbeitsstelle außerhalb der Arbeitszeit fällt. An dieser Entscheidung wirkte in besonders hervorragendem Maße die Aussage des früher im Reichsarbeitsministerium tätigen, jetzigen Syndikus des Einzelhandels, Oberregierungsrats Tiburtius, mit. Während alle übrigen Beisitzer der Arbeitnehmer sowohl als Arbeitgeber sich nicht erinnern konnten, daß während der Schlichtungsverhandlungen über diese Einzelfrage des Weges vom Schacht zur Arbeitsstelle geredet worden sei, war Herr Tiburtius in dieser Frage außerordentlich gut im Bilde. Herr Tiburtius, der in jener Schlichtungsverhandlung den Vorsitz führte, konnte sich sonst mancher Einzelheiten aus den Verhandlungen nicht mehr entsinnen. Jedoch in dem Falle, wo es sich um den Weg vom Schacht bis zur Arbeitsstelle handelte und dieser als außerhalb der Arbeitszeit zu betrachten galt, war sein Gedächtnis noch bis ins Einzelne unterrichtet. So sagte er, als Zeuge vernommen, aus: „Der Begriff der „Ein- und Ausfahrt“, über den eingehend gesprochen worden ist, sollte deshalb im Tiefbau den Weg vom Füllort (Schacht) bis zum Arbeitsort und zurück mit umfassen, um eine reine Arbeitszeit von 8 bzw. 8½ Stunden zu schaffen gegenüber der Konkurrenz des Tagebaues. Die Schlichterkammer hat diese Definition im bewußten Gegensatz zu dem Begriff der „Ein- und Ausfahrt“ im Steinkohlenbergbau beibehalten und sei, wenn nicht das ganze Richterkollegium, so doch bestimmt dessen Mehrheit für diese Auffassung gewesen.“

So Herr Dr. Tiburtius. Die Beisitzer, welche doch auch während der ganzen Verhandlungen anwesend waren, vermögen sich nicht zu erinnern, daß über diese so wichtige Frage in Schlichtungsverfahren geredet worden sei. Von Arbeitgeberseite waren der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Dr. Bitter und Leopold Weisler. Wer die beiden Herren kennt, wird ihnen bestimmt kein besonders schlechtes Gedächtnis nachreden; beide aber auch gar nicht daran gedacht haben, den Weg vom Füllort zum Arbeitsort als außerhalb der Arbeitszeit zu betrachten, geht daraus hervor, daß er im Jahre 1925/26 einzelne Werke den Versuch der längeren Schichtzeit unternahm. Der Vorsitzende der Braunkohlenschiedsstelle, Oberbergat Dr. Ebel, stützte sich lieber bei seiner Entscheidung allein auf die in E. sehr stark in Zweifel zu ziehende Aussage des Dr. Tiburtius. Allennotigen aus der Zeit der Verhandlung lagern nicht vor, wenigstens hat auch Dr. E. sich darauf nicht berufen, und nach Ablauf von fast vier Jahren die Einzelheiten noch so wiedergeben zu können, wie sie den Tatsachen entsprechen, ist fürchterlich schwer. Vier Zeugen können sich nicht erinnern, nur der fünfte. Die Arbeitgeber, welche bei den Verhandlungen zugegen waren, denken nach Inkrafttreten des Zwangstarifs nicht daran, ihn im Sinne von E. anzulegen. Erst später fällt ihnen die Formulierung des Schiedspruches ein.

So treibt man das Maß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zum Ueberlaufen. Mehrere Werke haben auf Grund der Entscheidung in der letzten Zeit versucht, die Schichtzeiten um ½ bis ¾ Stunden zu verlängern. Unfreiwilligerweise setzen sich die Belegschaften hiergegen zur Wehr. Die Organisationen und Belegschaften sind aber vor eine Situation gestellt, die sowohl im Tage- wie Tiefbau unhaltbar geworden ist. Trotz der größeren Abbaumöglichkeiten (Deckgebirge) ist die Leistung der Belegschaften sehr stark gestiegen. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau kann eine Verkürzung der Arbeitszeit ertragen und die Arbeiterkraft gebraucht diese dringend.

Für den Siegerländer Erzbergbau.

Am 9. November stand im preussischen Landtag die Frage der Weiterbewilligung der staatlichen Unterstützung für den Erzbergbau im Siegerland zur Beratung. Kamerad Otter als Berichterstatter des Ausschusses beantwortete die vorläufige Weiterbewilligung der Unterstützungen. Die bisherigen Maßnahmen haben sich günstig ausgewirkt. Das beweist nicht nur der Rückgang der Erwerbslosigkeit, sondern die allgemeine Belebung des Wirtschaftslebens in diesem Gebiete.

Der Antrag des Hauptausschusses sah eine Weiterbewilligung der Staatsbeihilfen bis Ende des Rechnungsjahres 1926 vor. Voraussetzung zur Gewährung dieser Staatsbeihilfen ist die Befähigung leistungsfähiger Betriebe. Diese wird durch den beim Oberbergamt in Bonn eingesetzten Prüfungsausschuß ermittelt. Mit allen gegen die kommunistischen Stimmen wurde der Antrag vom Landtage angenommen.

Lohnschiedspruch im oberbayerischen Braunkohlenbergbau.

Die in Oberbayern geförderte Braunkohle nimmt innerhalb der übrigen deutschen Kohlenvorkommen eine Sonderstellung ein. Wenn sie auch amtlichseits zur Braunkohle gerechnet wird, so ist sie in ihrem Aussehen von der eigentlichen Braunkohle kaum zu unterscheiden. Das kommt auch in ihrem Heizwert zum Ausdruck, der zwischen 5- bis 6000 Wärmeinheiten schwankt. Es kommt keine Förderkohle zum Versand, da die gesamte Förderung in Kohlenwäschern in der gleichen Weise wie Steinkohle aufbereitet wird. Zur Verkokung eignet sie sich allerdings nicht. Sie liefert zwar eine sehr hohe Gasausbeute, aber nur sandförmigen Koks. Die Bricketierung der Braunkohle unter Zusatz von Bindemitteln ist wiederholt versucht worden, ohne aber bis jetzt befriedigende Ergebnisse gezeigt zu haben.

Der oberbayerische Braunkohlenbergbau erstreckt sich auf die Gemeinden Hausham, Benzberg, Reichenberg und Marienstein. Die Jahresförderung beträgt etwa 1,1 Mill. T., die Belegschaft unter und über Tage durchschnittlich 7000 Mann. Von dieser Belegschaft sind 25-30 Prozent über Tage, der Rest unter Tage beschäftigt. Ein Hauptkontingent der Ubertagearbeiter im Gegensatz zu allen anderen Revieren stellen Frauen und Jugendliche, die am Leseband beschäftigt werden.

Infolge der geringen Flözmächtigkeit, die zwischen 0,40 bis 1 Meter schwankt, ist auch der Förderanteil je Mann und Schicht geringer wie in den übrigen deutschen Bergbaubezirken. Er kann, da genaue Angaben hierüber fehlen, zurzeit auf 0,6 bis 0,710 T. veranschlagt werden.

Die oberbayerische Braunkohle vermag ungefähr 15 Prozent vom Kohlenbedarf des rechtsrheinischen Bayern zu decken. Der übrige Bedarf wird aus dem Ruhrgebiet, Oberschlesien und Mitteldeutschland eingeführt. Infolge des Frachtoppreises gegenüber den angeführten Revieren kann nicht nur die Kohle reitlos abgefertigt werden (hauptsächlich in München und Augsburg), sondern es werden auch Preise erzielt, die die Rentabilität der Gruben durchaus sicherstellen. Beispielsweise beträgt der Preis ab 15. Oktober 1925 für gefüllte Stücke über 200 mm 24,38 Mk. je Tonne, gemahlene Brocken 30,75 mm 25,87 Mk., Ruß I 68,90 Mk., Ruß II 16,91 Mk., Abfall 8,96 Mk. Da aber der Abfall in der Hauptmasse auf den Werken selbst verbraucht wird, kann ein Durchschnittspreis von 20 Mk. je Tonne angenommen werden.

Auf der anderen Seite werden die Löhne von keinem anderen Revier unterschritten. Der Bauerpiketenlohn beispielsweise betrug 4,70 Mk. Von diesem Lohn bekamen die Lehrhauer 18, Schlepper je nach Alter 44-92, Ubertagearbeiter 33-90, weibliche Arbeiter 25-56 Prozent. Es wurde also ein Lohn gezahlt, der in keinem Verhältnis zum Arbeitsentwurf und zu den Lebenshaltungskosten stand. Aus diesem Grunde kündigten die Gewerkschaften das bestehende Lohnabkommen und beantragten eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent. Aber auch diese gewiß bestehende Lohnforderung beantworteten die Unternehmer durch scharfe Ablehnung, so daß der Schlichter eingreifen mußte. Das von ihm zusammengestellte Schiedsgericht hat dann am 3. November nach erfolglosen Einigungsverhandlungen folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Mit Wirkung ab 15. November 1926 beträgt der Bauerpiketenlohn 4,90 Mk. pro Schicht. Die übrigen Schichtlöhne werden hiernach auf der Grundlage des bestehenden Schiedspruches errechnet. Der bisherige Gehaltsgehalt bleibt bestehen.
2. Bestehen in einem Betriebe für einzelne Gruppen oder Abteilungen für Facharbeiter besondere Zulagen, so darf bei diesen, soweit sie nicht widersprüchlich sind, eine Verschlechterung nicht eintreten.
3. Diese Lohnregelung hat Gültigkeit bis auf weiteres und kann mit 14tägiger Kündigung erstmals zum 1. April 1927 gekündigt werden.

Zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches wird den Parteien eine Frist bis 11. Novbr. 1926, abends 6 Uhr, eingeräumt.
München, 3. November 1926. Dr. Fu.

die, wie das Kupfer, in den südlichen Teilen Chiles gewonnen werden, treten in ihrer Bedeutung für die Handelsbilanz hinter Weizen und Wolle zurück.

Wehrlich liegen die Verhältnisse in Bolivien. Auch hier überwiegen in der Ausfuhr die Bergbauprodukte, die im Jahre 1922 77,7 Prozent erreichten. 1925 entfielen von dem 115 Millionen Bolivianos betragenden Export 84,2 Millionen auf die Ausfuhr von Zinn und mehrere Millionen auf die Ausfuhr anderer Mineralien. Die bolivianische Ostküste liefert Zinn, Wolfram, Bismut und Antimon. In Westbolivien sind die Kupfervorkommen führend.

In dem Maße wie Chile und Bolivien kaum wohl kein anderer Staat Süd- oder Mittelamerikas als Bergbauland angesehen werden. Wohl spielen die Bergbauprodukte in der Außenhandelsbilanz Perus eine beachtenswerte Rolle, sie machen aber dem Werte nach nicht mehr als die Hälfte aus. 1925 entfielen von der 25,1 Millionen peruanische Pfund betragenden Ausfuhr 6 Millionen auf Petroleum und 3,6 Millionen auf Kupfer. In Süd-Peru sind ausgedehnte Gold-, Silber-, Kupfer- und Eisenvorkommen vorhanden. Mittel-Peru liefert Silber, Kupfer, Eisen, Kohle und in seinem nördlichen Abschnitt auch Gold. Nord-Peru scheint arm an Mineralien zu sein. Nur in seinen pazifischen Küstengebieten liegen ausgedehnte Erzlager, die bis Ecuador hinüberreichen und noch beachtenswerte Ausbeute versprechen; sie doch die Leistung von 273 000 T. im Jahre 1913 auf 1 030 000 T. in 1924 oder von 0,52 auf 0,73 Prozent der Weltzeugung.

Columbien ist seiner Ausfuhr nach — trotz der sehr reichen Mineralvorkommen; man findet dort Gold, Silber, Eisen, Kohle und Petroleum in ausreichendem Maße — Plantagenland. In Venezuela ist der Anteil der Bodenschätze an der Ausfuhr in den letzten Jahren rapide gestiegen (von 7,1 Prozent in 1912/13 auf 18 Prozent in 1923). Der wichtigste Ausfuhrartikel war 1923 — mit 68,9 Millionen Goldbarren — Kaffee. Gleich dahinter folgt mit 27,3 Mill. das Petroleum. Die Petroleumgewinnung, 1913 noch so wenig, daß sie nicht registriert wurde, stieg in 1924 auf 1 446 000 T. oder 1,03 Prozent der Weltförderung. Venezuela gliedert sich in drei Wirtschaftsprövinzen: das Maracaibo-Petroleumgebiet, das andine Bergbaugbiet und das Petroleum- und Kohlengebiet des Ostens.

Die anderen südamerikanischen Staaten treten heute noch in ihrer bergbaulichen Bedeutung hinter den oben genannten zurück. Die größere östliche Hälfte Südamerikas ist arm an mineralischen Vorkommen. Dort jedoch, wo sich das brasilianische Massiv aus den Niederungen des Amazonasstromes erhebt, mehren sich die Lagerstätten der verschiedensten Erze. Goldfundorte geben diesem

Raum die Note. In Südbrasilien, Kruguan und Argentinien kommen Bodenschätze nur in Streifenlagen vor. Das wichtigste Erzbergbaugbiet, das heute schon eine beträchtliche Ausbeute liefert, aber noch eine größere Zukunft hat, ist das Eisen- und Manganerzgebiet des mittleren Minas Geraes. Beachtung verdienen noch die in Patagonien vorhandenen Erzlagerstätten, die dem Auge der Anden folgen bis nach Orinokotiefenland zu verfolgen sind. Es ist wohl mehr als eine bloße Vermutung, wenn man in diesem Gürtel eine der wichtigsten Erzlagerstätten der Welt sehen will.

Wenn auch, an der heutigen Ausbeute gemessen, das südamerikanische Bergbaugbiet hinter anderen Bergbaugebieten der Welt zurückbleibt, so kommt diesem Gebiete doch, vom Standpunkt der wirtschaftlich orientierten Weltpolitik gesehen, als wirtschaftlicher Okkupationsraum eine beträchtliche Bedeutung zu. Das Kapital in den südamerikanischen Bergbaulagen ist schon überzweigt. Während englisches und französisches Kapital hauptsächlich in Eisen-, Gold-, Silber-, Kupfer- und Zinnvorkommen investiert ist, hat sich Amerika der Petroleumquellen bemächtigt. Hier ist ein Sonderbeispiel, wie der Ausbau eines modernen Verkehrsmaschinen (Automobil) auch eine Volkswirtschaft mit solch ungeheurer Rohstoffausstattung wie die Vereinigten Staaten auf den Weltmarkt verweist. Absehbare Erschöpfung der nationalen, nicht immer rationell ausgebeuteten Erzlagerstätten schufen den Zwang zu ihrer imperialistischen Ergänzung in den südamerikanischen Streitgebieten.

Bücher und Schriften.

Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften.

Ein kurzgefaßter Abriss. Von Karl Zwing. 224 Seiten. Band 5 der „G.-M.-Bücherei“. Preis broschiert 4,50, in Halbleder 5,40 Mk. Für die Bezüge der Zeitschrift „Gewerkschafts-Archiv“ ist das Buch um ein Drittel des Preises erhältlich. Verlag: Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena.

Das Buch ist erstmalig 1923 erschienen und hat infolge seiner Brauchbarkeit sich namentlich in der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit bewährt. Schon die frühere Ausgabe wurde von der Gewerkschafts- und Kurzausschleichen bestens empfohlen. Jetzt liegt nun eine neue Bearbeitung, wesentlich vervollständigt und erweitert, vor. Die Kapitel über die Zeit bis 1890 sind verbessert und vermehrt und die Kapitel über die Jahre nach dem Kriege sind naturgemäß vollständig neu. Der gesamte übrige Inhalt ist auf den neuesten Stand gebracht. Den einzelnen Kapiteln sind jetzt sämtlich Literaturhinweise beigegeben und Skizzen vervollständigen das Buch weiter. Das Buch genügt jetzt auf lange

Jahre hinaus allen Anforderungen des gewerkschaftlichen Kurzus- und Schulbetriebes. Natürlich muß das Buch auch sonst in jede gewerkschaftliche Bücherei eingekauft werden.

Karl Bröger: „Das Buch vom Eppele“.

Die Nürnberger hängen keinen... Neben den Boshheiten vom Nürnberger Trichter ist wohl kaum ein Spottwort über die Nürnberger so bekannt, wie das Sprichlein: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor.“ Das hat ihnen der berühmte Staudenbeck und verwogene Staubritter Eppele von Gailingen im 14. Jahrhundert eingetragen, den der Nürnberger Rat doch endlich einmal zu lassen bekam, nachdem mancher Nürnberger Warenaug dem tollen Straßenräuber in die Hände gefallen war. Im Burgspö — so ergab die Ueberlieferung — ward dem Gailinger Erfüllung seines letzten Wunsches gewährt, bevor er mit des Seilers Locher unsterbliche Bekanntheit machen sollte. Man ließ ihn noch einmal auf seinem Kappen einen Ritt um den Hof tun. Aber ehe sich sein hochwohlwieser Rat versch, hatte der bewegene Reiter seinem Hof die Sporen gegeben und war über den Burggraben gesprungen. Die Nürnberger hatten das Nachsehen und mochten wohl lange und humme Gefächler schmeiden; aber der Gailinger war ihnen entwischt. Um den Spott brauchten sich die hochhehrbaren Herren des Rats zu Nürnberg nicht zu sorgen. Der ließ nicht lange auf sich warten.

Karl Bröger, selbst ein Sohn der alten Frankenstadt, hat es unternommen, das Bild des bewegenen Strauchritters festzuhalten, von dem so vielerlei bewegene Streiche und tolle Schelmstücken überliefert sind. Im Verlag J. G. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68, ist „Das Buch vom Eppele“ erschienen. (Reklamiert 2,20 Mk.) Eine Schelmen- und Räuberchronik“ verpricht der Untertitel des gutausgesehenen Buches. Und wer sich noch ein bißchen Sinn für den Humor, für tolle Streiche und lose Schwänke bewahrt hat, der kommt beim Lesen des Bröger'schen Buches vom Eppele sicher auf seine Rechnung. Der Eppele von Gailingen, wie ihn Bröger uns schildert, ist ein Kerl von unbändiger Lebenskraft. Oft recht kantig, wenn er dem Nürnberger Rat eins auswischt, aber immer voller Schelmerei, trotz einem Till Eulenspiegel.

Wer ein paar Stunden köstlichen Humors genießen will, der lese „Das Buch vom Eppele“.

Gewerkschafts-Archiv.

Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena, St. Nikolai-Str. 36. Vierteljahrsabonnement 3,50 Mk.

Sragen der Arbeiterversicherung.

Zur Denkschrift über das Krankeiern.

Der Bergbauische Verein hat dem Oberbergamt Dortmund eine Denkschrift unterbreitet, die sich auf die Zunahme der Krankheitsfälle im Ruhrbergbau bezieht. Um keine Legende aufkommen zu lassen, halten wir es für notwendig, mit einigen Ausführungen darauf einzugehen.

Erfreulicherweise rückt der Bergbauische Verein merklich vom dem Standpunkt der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ ab, die in einigen schon früher erschienenen Artikeln u. a. das erhöhte Krankengeld, das ab 1. Juli 1926, nach Inkrafttreten des Reichs-Knappschafts-Gesetzes, gezahlt werden muß, als Ursache der Zunahme der Krankheitsfälle feststellte.

Wenn wir uns schon gegen die von der „D. Bergw.-Ztg.“ ins Feld geführten Gründe wenden, so aber auch gegen die in der Denkschrift niedergelegte Beweisführung, die wir durchaus nicht als objektiv anerkennen und als stichhaltig bewerten können.

Wir sind einig mit dem Bergbauischen Verein darin, daß alle Beteiligten die Pflicht haben, daß die Knappschaftskrankenversicherung auch den wirklich Kranken zu dienen hat und nur dafür da ist, und alle anderen Auswüchse aufgedeckt und beseitigt werden müssen. Wir befürchten aber, daß das einseitige Vorgehen des Bergbauischen Vereins von diesem Gedanken nicht befreit ist. Es scheint so, als sollte der Kampf, der zwei Jahre von dem Bergbauischen Verein und seinem Organ gegen die hohen Renten in der Knappschaftskrankenversicherung geführt wurde, jetzt auf das Gebiet der Knappschaftskrankenversicherung verlegt werden.

Uns steht leider das statistische Material nicht in dem Umfang zur Verfügung wie dem Bergbauischen Verein. Würde das auch der Fall sein, so könnte man immer noch sagen: „Mit Zahlen läßt sich nicht beweisen, mit Zahlen läßt sich trefflich streiten.“ Aus dem Streiten würde nicht allzubiel gewonnen werden. Betrachtet man die Dinge nüchtern und ohne Voreingenommenheit, so kann man auch ohne großes Zahlenmaterial die Grundfesten der Denkschrift des Bergbauischen Vereins stark ins Wanken bringen.

Der Bergbauische Verein führt sechs Gründe, die die Ursachen der zunehmenden Krankheitsfälle sein sollen, an:

1. das übertriebene hohe Krankengeld;
2. den Einfluß eines höheren Verdienstes im Vormonat auf die Höhe des Krankengeldes;
3. die Bezahlung nach Kalendertagen, also die Mitbezahlung von Sonn- und Feiertagen;
4. die Zahlung eines besonderen Soziallohnes von der dritten bis achten Krankheitswoche auf Grund der zwischen Bezahlungsverband und Bergarbeiterverbänden getroffenen Vereinbarung;
5. die Einstellung der Herren Knappschaftsärzte, insbesondere unter dem Druck der Bescherten, der durch das jegliche Ummelverfahren verursacht wird;
6. der Fortfall des Anlegeattestes.

Punkt für Punkt lassen sich diese Argumente widerlegen. Will man eine objektive Feststellung der Krankheitsfallzunahmen treffen, so darf man nicht als Vergleichsbasis die zweite Hälfte des Jahres 1926 mit der ersten Hälfte zugrunde legen, sondern man muß gleiche Jahreszeiten zum Vergleich heranziehen. Hierbei muß aber von vornherein gewarnt werden vor einem Vergleich mit dem Jahre 1925. Während dieser Zeit stand der Bergbau auf der Höhe seiner Nationalisierungsmethoden, wo kein Arbeiter es wagte, krank zu werden, um nicht ein Opfer des Abbaues zu werden. In dieser Zeit haben sich die Bergarbeiter bis zum Zusammenbrechen zur Arbeit gedrückt. Würde man das Jahr 1924 oder einige Jahre der Vorkriegszeit als Vergleichsbasis nehmen, so würde das Bild mit Bestimmtheit ein anderes Aussehen bekommen. Um weiter klar sehen zu können, müßte eine scharfe Trennung zwischen denen, die auf Grund einer Verletzung krank werden und denen, die sich wirklich krank fühlen, vorgenommen werden. Unabweisbar steht doch fest, daß sich die Zahl der Unfälle in den letzten Monaten geradezu wahnsinnig vermehrt hat. Wir weisen schon in Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ auf die katastrophale Zunahme hin. Wir sind bereit, zu beweisen, daß in verschiedenen Arbeitsgruppen von den Krankheitsfällen 20-30 Prozent und auch darüber hinaus auf das Konto „Unfall“ zu buchen sind. Ereigneten sich doch im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1926 folgende Unfälle:

	Gesamtunfälle	Auf 1000 Beschäftigte
1. Vierteljahr	15 366	49,554
2. "	15 112	46,587
3. "	21 789	62,981

Angesichts solcher Tatsachen verliert die Denkschrift sicherlich an Wert und wenn Gehalt der Beweisgründe bleiben Hypothesen. Es ist — Verzeihung! — eine verzeihliche Meinung, der sich der Bergbauische Verein hingibt, wenn er glaubt,

hohes Krankengeld sei Anlaß zum Krankeiern.

Es spielte schon eine Rolle bei den Beratungen des Reichs-Knappschafts-Gesetzes und wurde dann von der „D. Bergw.-Ztg.“ verbreitet, als noch kein Bergarbeiter wußte, was im Reichs-Knappschafts-Gesetz stand.

Unverständlich ist, was man mit der Gegenüberstellung der Krankheitsfälle der Knappschaft und der Knappschafts-Betriebskassenklasse bzw. einigen Ortskrankenkassen beweisen will. Dieses Experiment entbehrt jeder Logik. Es beweist das Entgegengesetzte, was es beweisen soll. Soll diese Gegenüberstellung wirklich Zweck haben, so müßte man doch auch die Leistungen aufzählen, die diese Kassen gewähren. Man wird dann finden, daß trotz derselben und vielfach noch höheren Leistungen der Kassen die Krankheitsfälle nicht geringer sind. Bekanntlich zahlen unzählige Betriebskassen und Ortskrankenkassen 75 Prozent vom höchsten Lohn als Krankengeld. Die Knappschaftskrankengelder betragen, soweit sie bekannt sind, für den Sechsten 50 Prozent, für den Zehnten 60 Prozent des Grundlohnes. Ein Bergarbeiter mit drei Kindern erhält 75 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld. In der Knappschaftskrankenkassenklasse kommt man erst mit vier Kindern zu 75 Prozent des Grundlohnes. Hinsichtlich der Leistungen zur Familienhilfe sehen diese Kassen der Knappschaft auch nicht nach. Wenn man trotzdem keine Ausnahme der Krankheitsfälle in diesen Klassen eintritt, so beweist das doch nur, daß unsere Behauptung, daß andere Gründe als die Höhe des Krankengeldes, vorliegen und schon sind, richtig ist. Oder ist man beim Bergbauischen Verein der Meinung, daß die Arbeiter dieser Kassen mehr soziales oder gar wirtschaftliches Verständnis besitzen. Wir begreifen es.

Wenn man sich gegen die ersten drei Punkte der Denkschrift und auch die weiteren. Die Zahlung des Krankengeldes an Sonn- und Feiertagen ist schon eine alte Einrichtung und ändert an der Gesamthöhe des Krankengeldes nichts, weil der Grundlohn nach dem vollen Gehalt berechnet werden muß. Was die Zahlung des Soziallohnes von der dritten bis zur achten Krankheitswoche betrifft, so wäre doch wiederum erst festzustellen, wieviel Krankengeld überhaupt in der Gesamtzahl dieses Zeitraumes kommt. Es muß die Dauer des Krankheitsfalles berücksichtigt werden, um festzustellen, ob diese angebliche Ursache auch Wirkungen anstellt.

Der Knappschafts-Verein und der Bergbauische Verein erweisen der Bergbauischen Verein mit seiner Denkschrift keinen guten Dienst.

Für die Knappschaftsärzte ist es geradezu beleidigend, wenn ihnen nachgesagt wird, daß sie sich bei Behandlung ihrer Patienten mehr von dem „Lieb-Kind-Sein“ leiten lassen, als gestützt auf ihre Wissenschaft und Erfahrungen, die Behandlung vorzunehmen. Aber auch dieser Einwand des Bergbauischen Vereins will uns nicht recht durchschlagend erscheinen. Die Ummelbung kann nach den geltenden Bestimmungen nur jedes halbe Jahr vorgenommen werden. Der Bergarbeiter kann sich nur zu einem anderen Arzt melden, wenn derselbe innerhalb einer 4-Kilometer-Zone seines Wohnortes wohnt. Aber nach einer fast berechtigten Ansicht der Bergarbeiter sind die Knappschaftsärzte alle über einen Haufen geschoren. Sie haben bei keinem etwas Gutes zu erwarten, und der Fall, der sich vor Jahren im Ruhrgebiet abgespielt hat, wo sich der Arzt vom Fenster der zweiten Etage die Junge eines draußen vor der Tür stehenden Bergarbeiters zeigen ließ und ihm dann das Rezept herunterwarf, ist heute noch nicht vergessen. Unter diesem Gesichtswinkel werden die Ärzte heute noch vielfach beurteilt. Daß bei der Nachuntersuchung 52 Prozent der zur Untersuchung Bestellten wieder angefahren bzw. nicht erschienen sind, ist eine sehr traurige Erscheinung, die aber leider noch in dem mangelnden Vertrauen zu den Oberärzten besteht. Es ist dies außerordentlich zu bedauern, liegt aber auch zum Teil daran, daß die Untersuchung, wie die Leute sagen, keine Untersuchung ist, vielmehr nur ein Vorbeimarshieren an dem Oberarzt und dann das Urteil gesprochen wird. Wir bemühen uns, wo nur möglich, das Vertrauen zu den Oberärzten zu stärken. Wenn uns das bis zur Stunde noch nicht gelungen ist, so liegt das an den geschilberten Verhältnissen. Auch wird geklagt darüber, daß sich die zu Untersuchenden Stundenlang in nicht erwärmten Räumen oder sogar noch draußen auf dem Bechenplatz aushalten müßten. Entspricht das den Tatsachen — und in den Fällen, die wir nachgeprüft haben, war es so —, dann kann man wiederum verstehen, warum die Leute zur Nachuntersuchung nicht erscheinen. Mit Befriedigung dieser Mängel wird zweifelsohne das Vertrauen wachsen. Was das letzte anbelangt, „Fortfall des Anlegeattestes“, so ist uns wirklich nicht bekannt, daß jemals das Anlegeattest große Bedeutung für die Krankenversicherung hatte. Das fortgefallene Anlegeattest diente eigentlich nur dem Zweck zur Aufnahme in die

Aus der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau.

Stellungnahme der Arbeitskammer zu dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer hat den Entwurf einer eingehenden Beratung unterzogen. Der in dem Entwurf verankerte Grundgedanke der Versicherung wird gegenüber der bisherigen Erwerbslosenfürsorge als ein erheblicher Fortschritt und als notwendig anerkannt. Wenn die im Entwurf vorgesehene Mitarbeit der Arbeitsnachweisebehörden in der Arbeitslosenversicherung reibungslos durchgeführt werden soll, ist es dringend erforderlich, daß die Arbeitsnachweisebehörden mehr wie der Entwurf vorseht in die Arbeitslosenversicherung eingeschaltet bzw. mit dieser organisch verbunden werden. Das Selbstverwaltungsprinzip, das der Entwurf vorseht, bedarf eines weiteren Ausbaues, muß auch in den Zweigen der Arbeitsnachweisebehörden durchgeführt und diese müssen mehr wie bisher von den Einflüssen der Kommunen losgelöst werden. Der Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung sind durch ein einheitliches Organ, das lokal, bezirklich und zentral gegliedert ist, zu verwalten. Diese Organe sollen einen selbständigen Verwaltungsausschuß darstellen. Als Organe gelten Vorstand und Ausschuß. Dieselben bestehen aus der gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der beteiligten Kommunen. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der unteren Instanz ist dem Vorstande verantwortlich und im Hauptamt angestellt. Seine Wahl erfolgt durch den Vorstand, die Bestätigung durch den Vorstand der bezirklichen Arbeitslosenkasse. Dieser und der Vorstand des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung steht sich im gleichen Verhältnis zueinander. Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt bei der bezirklichen Arbeitslosenkasse wie bei der unteren Instanz, die Bestätigung durch den Vorstand beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung erfolgt die Bestätigung des Vorsitzenden durch den Reichsarbeitsminister.

Träger der Versicherung sind die im Entwurf vorgesehenen Landesarbeitslosenstellen. Beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung ist eine Ausgleichskasse für das Reichsgebiet einzurichten.

Die Mittel für die Versicherung (Landesarbeitslosenstellen und Reichsanzgleichskasse) werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie des Reiches zu gleichen Teilen aufgebracht. In den Kreis der Versicherungspflichtigen sind, wie bei der bisherigen Erwerbslosenfürsorge, auch alle Angestellten aufzunehmen, die im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes versicherungspflichtig sind.

Die im § 56 des Entwurfs eingeschaltete Frage der Bedürftigkeit entspricht nicht dem Versicherungsprinzip. Es muß sichergestellt werden, daß eine Beschränkung auf Hilfsbedürftige im Sinne der Vorschriften über öffentliche Fürsorge im Falle der Darlehensgewährung durch das Reich nicht erfolgt.

Die Vorenthaltung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie der Entwurf im § 52 vorseht, ist in dieser Fassung zu allgemein gehalten und bedarf einer näheren Präzisierung. Es muß klar festgestellt werden, daß jeder Arbeitslosenunterstützung erhält, der unbeschuldet arbeitslos wird.

Der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Lohnklassen stehen grundsätzliche Bedenken nicht entgegen. Die im Entwurf vorgesehenen Lohnklassen sind jedoch so anzulegen, daß der wesentliche Arbeitsentgelt auf mindestens 60 RM. erhöht wird. Der im Entwurf in den einzelnen Klassen zugrunde gelegte Einheitslohn ist entsprechend zu erhöhen. Der Hauptunterstützungssatz ist von 40 auf 50, der Familienzuschlag für den Ehegatten auf 10 Prozent des Einheitslohnes zu erhöhen, so daß mit Einfluß der weiteren Familienangehörigen mit einem Zuschlag von 5 Prozent des Einheitslohnes die Arbeitslosenunterstützung im Höchstfalle insgesamt 80 Prozent des Einheitslohnes beträgt.

Die Einführung der allgemeinen Pflichtarbeit widerspricht dem Grundgedanken der Versicherung, ist deshalb abzulehnen. Pflichtarbeit für langfristige Arbeitslose und jugendliche Arbeiter unter 21 Jahren ist davon abhängig zu machen, daß dabei die Pflichtarbeiter nicht ausgebeutet werden. Die Pflichtarbeit darf sich nur auf gemeinnützige Betriebe erstrecken und keinesfalls zur Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden. Pflichtarbeiten dürfen zum Beispiel nur in der Schaffung kommunaler Volkshilfsanstalten und ähnlichen Arbeiten bestehen. Pflichtarbeiten dürfen privaten Unternehmern nicht übertragen werden.

Die im Entwurf vorgesehene Anwartschaft von 26 Wochen im 12. Monat ist zu lang und muß auf 13 Wochen herabgesetzt werden.

Ein Mangel des Entwurfs wird darin erblickt, daß die sich bisher in der Praxis als zweckmäßig und zweckmäßig erwiesene Karzalarbeitsunterstützung nicht berücksichtigt ist. Es muß unbedingt Sorge getroffen werden, daß diese eingeführt wird, damit nicht zum Schaden des Arbeitsmarktes Betriebe unnötig und vorzeitig geschlossen werden. Weiter ist zu berücksichtigen, daß bei Karzalarbeit von längerer Dauer das Existenzminimum der Karzalarbeiter nicht mehr gegeben ist, wodurch die Arbeitsvermittlung beeinträchtigt wird. Das würde zur vorzeitigen Schließung solcher Betriebe führen können, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

Die im Absatz 1 des § 111 vorgesehene Zustimmung des Reichsamtes ist nicht erforderlich.

Für die im § 111 vorgesehene Notstandsarbeiten ist grundsätzliche Bedenken zu äußern.

Der Reichsbeitragsatz, wie er im § 121 Abs. 3 des Entwurfs vorgesehen ist, darf 2 % des Grundlohnes nicht übersteigen.

Pensionsversicherung. Die Versicherungsspflicht in der Knappschaftskrankenversicherung richtet sich nach § 165 Abs. 2, wo gesagt wird: „Der Versicherungspflicht unterliegen alle Arbeiter, die gegen Entgelt beschäftigt werden.“ Beweis: Der Knappschaftskrankenversicherung unterlagen stets 60- bis 70 000 Menschen mehr wie der Knappschaftspensionsversicherung. Also galt das Anlegeattest in erster Linie der Pensionsversicherung und wurde demnach auch bewertet.

Wir stellen demnach fest, daß die Denkschrift des Bergbauischen Vereins trotz des fleißigen Zusammenstellens vieler Zahlen nicht objektiv richtig ist. Wir behaupten nach wie vor:

Die Ursachen der vielen Krankheitsfälle liegen in dem Antriebsystem.

allgemein und insbesondere in der überaus großen Zahl der Uebererschichten. Weiter spielt die Mechanisierung des Bergbaues eine große Rolle mit. Die Maschinen (Bohrhämmer, Bauhämmer usw.) gefährden die Gesundheit in erhöhtem Maße. Dieses sind die Ursachen primärer Art. Alles andere ist sekundär. Es ist doch ein müßiges Beginnen, in Abrede stellen zu wollen, daß die erhöhte Anspannung menschlicher Kraft, das direkt wahr sinnige Verfahren von Uebererschichten, auf die menschliche Gesundheit ohne Folgen bliebe. Wie kann man nur glauben, daß es der Gesundheit unschädlich sei, wenn, wie uns bekannt ist, 8 bis 9, ja sogar 10 und noch mehr Uebererschichten im Monat gearbeitet werden; ja, wenn Leute drei Schichten nacheinander verfahren wegen Erschaffung bei der Ausfahrt ohnmächtig zusammenbrechen und erklären, sie hätten es dem Steiger zum Gefallen gemacht, da kein Schließelmeister vorhanden gewesen sei. Solange der Bergbau diesen Dingen nicht auf den Grund geht, sind alle seine Denkschriften und auch die Artikel in der „D. Bergw.-Ztg.“ bergelbliche Mühe. Wir erklären, daß wir bereit sind, im Interesse der Knappschaftskrankenversicherung alles zu tun, um die Krankentafel dienstbar zu gestalten für den wirklich Kranken und keine Mittel scheuen werden, gegen diejenigen vorzugehen, die glauben, auf Kosten der Krankenversicherung gute Tage verleben zu können. Sollte der Bergbauische Verein auch den Willen und die Denkschrift zu diesem Zweck verfaßt haben, dann wird sich ein Weg finden, ein Weg, der allen, der Knappschaftskrankenkasse, den Versicherenden und den Unternehmern nur nützlich sein kann. Sollte die Denkschrift jedoch eine Kampfansage gegen die Leistungen der Knappschaftskrankenkasse sein, so wird man uns gerüstet finden.

Gutachtliche Äußerung der Arbeitskammer zu dem Referentenentwürfen der Gesetze über den Reichswirtschaftsrat.

In dem Gutachten zu den Referentenentwürfen über den Reichswirtschaftsrat wird Bezug genommen auf die Entschließung der Arbeiter- und Angestelltengruppe in der Plenarsitzung vom 19. Juli 1922, Einführung der Bezirkswirtschaftsräte betreffend. Die Entschließung lautete:

„Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebietes hat zu der Frage betreffend Einführung der Bezirkswirtschaftsräte Stellung genommen und erwartet von der Reichsregierung, daß auf eine beschleunigte Einführung der Bezirkswirtschaftsräte hingewirkt wird. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 vorgesehene Bezirkswirtschaftsräte bilden die notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen Rätegesetze. Ihre beschleunigte gesetzliche Verwirklichung ist deshalb dringend geboten. Zweck der Bezirkswirtschaftsräte ist die Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftsinteressen, also des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Ihre Zusammensetzung kann daher nur eine paritätische sein. Die bestehenden Handels-, Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sind ihres amtlichen Charakters zu entkleiden und deren amtliche Aufgaben und Befugnisse auf die Bezirkswirtschaftsräte zu übertragen. Die vorgenannten Kammern sind als Unterbau für die kommenden Bezirkswirtschaftsräte paritätisch auszubauen.“

In dieser Entschließung wird die beschleunigte Einführung der Bezirkswirtschaftsräte gefordert.

Die von der Regierung veröffentlichten Referentenentwürfe sollen dem Reichswirtschaftsrat endgültig gesetzliche Gestalt geben. Dieses Bestreben der Regierung wird begrüßt, da der vorläufige Reichswirtschaftsrat im Hinblick auf seine vollkommen unzulänglichen Rechte und seine, die sachliche Arbeit ersetzende große Mitgliederzahl einer weitgehenden Um- und Ausgestaltung bedarf. Diese Aufgabe rechtfertigt jedoch nicht eine derartige Umgestaltung des in der Reichsverfassung festgelegten Aufbaues, der als Voraussetzung für die Schaffung des Reichswirtschaftsrates die Bildung von Arbeiterräten, gegliedert nach Wirtschaftsgebieten, und einen Reichsarbeitsrat sowie Bezirkswirtschaftsräte vorseht. In den Referentenentwürfen ist dieser Unterbau nicht vorgesehen. Falls die Entwürfe zum Gesetz erhoben würden, wäre dies ein Verstoß gegen Artikel 165 der Reichsverfassung. Außerdem bedeutet die Schaffung des in dem Entwurf vorgesehenen Reichswirtschaftsrats eine Gefahr für die völlige Erfüllung des verfassungsgemäß festgelegten Zweckes der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des Wirtschaftslebens und der diese beeinflussenden Gesetzgebung und Verwaltung. Auf eine Mitwirkung der vereinigten Arbeitnehmer einer auf lokaler oder wirtschaftlicher Grundlage aufgebauten rechtlichen Wirtschaftsvertretung kann nicht verzichtet werden.

Die Arbeitskammer ist daher nach wie vor der Auffassung und glaubt dieses nachdrücklich betonen zu müssen, daß die Voraussetzung für die Bildung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates die gleichzeitige gesetzliche Regelung eines Unterbaues im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung bedingt.

Was die Bestimmungen über den Aufbau, Aufgabenkreis und Arbeitsweise des zukünftigen Reichswirtschaftsrats betrifft, so kommt die Arbeitskammer nach reichlicher Prüfung aller in diesem Referentenentwurf niedergelegten Fragen zu dem Ergebnis, daß der vorliegende Entwurf noch schwerwiegende Mängel und Lücken aufweist und in der jetzigen Fassung nicht geeignet ist, den in Arbeitnehmerkreisen von dem neuen Reichswirtschaftsrat gebotenen Erwartungen zu entsprechen.

Die Arbeitskammer steht auf dem Standpunkt, daß der Entwurf einer weitgehenden Umgestaltung bedarf. Sie erlaubt sich daher, zu den Hauptpunkten des Gesetzentwurfs die nachfolgende grundsätzliche Stellungnahme zu unterbreiten und hofft, daß bei der Beratung des Gesetzentwurfs über den Reichswirtschaftsrat diesen hier niedergelegten Wünschen unbedingt Rechnung getragen wird.

Zur Frage betreffend den Ausbau des zukünftigen Reichswirtschaftsrats geht die Auffassung der Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer dahin, daß der Aufbau so erfolgen muß, daß der volle Gewähr für eine paritätische Beteiligung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern bietet. Diese darf vor allen Dingen nicht durch eine Verschiebung des Stimmverhältnisses zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der einen und den daneben noch vorhandenen Mitgliedern auf der anderen Seite gefährdet werden. Es muß weiter verlangt werden, daß dem Reichswirtschaftsrat unbedingt weitestgehende Selbstverwaltung verliehen wird. Der Charakter einer neutralen unabhängigen Körperschaft darf in keiner Weise verletzt werden. Bestimmungen, durch die eine Bevormundung seitens der Reichsregierung möglich ist, wie z. B. die im Entwurf vorgesehene Bezeichnung der Vorsitzendenpositionen der Haupt- und Sonderausschüsse mit Regierungsvertretern, das Tätigwerden des Reichswirtschaftsrats bei seiner Ausschuße teilweise nur auf Anfordern oder doch mit Zustimmung der Regierung, sind deshalb abzulehnen.

Weiter erachtet die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer es noch für dringend notwendig, daß dem Reichswirtschaftsrat weitestgehende Rechte und Befugnisse einräumt werden. Diese sind für eine gedeihliche Erfüllung der dem Reichswirtschaftsrat gestellten Aufgaben unumgänglich notwendig. Vor allen Dingen muß die Reichsregierung unbedingt verpflichtet sein, zu allen Gesetzentwürfen und wichtigeren Verordnungen den Reichswirtschaftsrat gutachtlich zu hören.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Internationale Kartelle und Preiserhöhung.

Bevor die Europäische Rohstoffgemeinschaft gegründet wurde, wichen die deutschen Inlandspreise für Eisen und Stahl sehr wesentlich von denen der Weltmarktpreise ab. Die deutschen Eisenwerke bezu. deren Kartelle verkaufen im Auslande wesentlich billiger als im Inlande. Zweck der Europäischen Rohstoffgemeinschaft sollte sein, diese großen Preisunterschiede auszugleichen und die Weltmarktpreise möglichst an den Stand der Inlandpreise heranzubringen. Dies scheint nun mehr oder weniger erreicht zu sein. Zwischen der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie sind für den Monat November als sogenante Weltmarktpreise Preiserhöhungen für die einzelnen Produkte von 1,50 bis 12 Mt. vereinbart worden. Dieser Preiserhöhung war im Oktober bereits eine solche von 1,50 bis 7 Mt. vorausgegangen. Es steht zu erwarten, daß eine weitere Erhöhung der Weltmarktpreise durch die überstaatliche Kartellierung stattfindet. Für die deutsche eisenverarbeitende Industrie ist dies eine gewisse Erleichterung, weil die ausländische Konkurrenz nicht mehr einen so großen Preisvorsprung hat als vordem. Für die Güterwerke bedeutet die Erhöhung der Weltmarktpreise für Eisen- und Stahlprodukte eine nicht geringe Erhöhung der Gewinnanteile. Jedenfalls hat die internationale Kartellierung auf dem Gebiete der Weltpreisgestaltung rasch ihre Wirkung gezeigt.

Bevölkerungszunahme und Lebensmittelproduktion.

Die Anschauungen, die Malthus vor mehr als hundert Jahren vertrat, daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung mit der Zunahme der Lebensmittel- und Rohstoffproduktion nicht gleichen Schritt halte und damit ein steigender Lebensstandard unmöglich sei, hat sich nicht als richtig erwiesen. Die Menschheit vermochte nicht nur die steigende Zahl der Menschen zu ernähren, sondern darüber hinaus von Jahrzehnt zu Jahrzehnt seinen Lebensstandard zu steigern. Das Völkerbundssekretariat hat jetzt eine auf genauen Unterlagen beruhende Arbeit und auf 62 Staaten sich erstreckende Weltproduktion und Welthandel fertiggestellt, die für die Entwicklung der Bevölkerung und der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen von außerordentlichem Interesse ist. Die Gesamtbevölkerung der Erde hat sich danach in dem Zeitraum von 1913 bis 1925 um 5 Prozent vermehrt. Der Welthandel stieg im gleichen Maße. Die Zunahme der Rohstoff- und Lebensmittelproduktion war aber wesentlich höher und beträgt ohne China 16 bis 18 Prozent. Der Bevölkerungszuwachs Europas, einschließlich des asiatischen Rußlands, litt natürlich unter den Folgen des Krieges und betrug nur 1 Prozent. Geringer war die Produktion an Rohstoffen und Lebensmitteln 1925 in Europa einschließlich Rußland um 4 bis 5 Prozent größer als in der Vorkriegszeit. Der Handel Europas steht jedoch um 10 Prozent gegenüber dem letzten Friedensjahre zurück. Die westeuropäischen Länder haben in der genannten Zeit eine Bevölkerungszunahme von 5 Prozent zu verzeichnen, die Steigerung der Rohstoffe und Lebensmittelproduktion betrug hier 7 Prozent. Die Bevölkerung Nordamerikas hat seit 1913 um nahezu ein Fünftel, diejenige Südamerikas um etwas über ein Fünftel zugenommen. Die Steigerung der Rohstoff- und Lebensmittelproduktion betrug aber in Nordamerika ein Viertel, in Südamerika und Afrika sogar ein Drittel gegenüber der Vorkriegszeit.

Damit ist bewiesen, daß wir um die Zunahme der Bevölkerung nicht besorgt zu sein brauchen, wenn es gelingen sollte, alle Staaten der Welt in ein vernünftiges Austauschverhältnis miteinander zu bringen. Die Lehren von Malthus brauchen uns also nicht zu betreffen. Der Mensch ist vollständig in der Lage, sein eigenes Geschick zu meistern und allem, was Menschenantlitz trägt, ein sorgenreies Leben auf der Erde zu verschaffen. Heinrich Heine hatte eben recht, wenn er in seinem „Wintermärchen“ schrieb: „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder, auch Kriegen und Mythen, Schönheit und Lust und Zukunftsleben nicht minder.“ Voraussetzung zu alledem ist, daß der Friede in allen Ländern einkehrt und die Arbeiterschaft sich auf allen Gebieten und in allen Ländern durchzusetzen vermag, damit die Profitwirtschaft befeitigt und der Grundgedanke des Wohlstandes aller zum herrschenden Prinzip gemacht wird.

Riesengewinne am internationalen Petroleumgeschäft.

Die Anglo-Persian Oil Company gibt jetzt ihren Jahresabschluß bekannt, der ein überragendes Ergebnis zeigt. In dem am 31. März 1926 abgelaufenen Geschäftsjahre erhöhte sich der Bruttogewinn von 4.609.357 Pfund Sterling auf 7.766.390 Pfund. Nach Abzug aller Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 4.383.232 Pfund, zu dem noch ein Saldovortrag aus dem Vorjahre von 2.041.568 Pfund kommt. Die Verwaltung beantragt, aus dem Reingewinn die Dividenden entsprechend zu vergrößern und ferner 4.475.000 Pfund als neue Aktien im alten Aktienkurs gratis zu geben. Dazu tritt eine Dividende von 17,5 Prozent. Die Anglo-Persian ist eine internationale Gesellschaft, sie wurde unter aktiver Beteiligung der englischen Regierung gegründet, um gegenüber dem Weltkongress Amerikas ein Gegengewicht zu haben. Sie ist in Deutschland an der Tochtergesellschaft der Deutschen Petroleum-A.G., der D.P.A. m. b. H. mit 40 Prozent beteiligt. Es wird in dem Geschäftsbericht der Anglo-Persian hervorgehoben, daß sich durch diese Verbindung das Ölgeschäft nach Deutschland ganz gewaltig gehoben habe. Wie mag diese Gesellschaft die armen Perser und ihre Abnehmer austrüben, damit solche horrenden Gewinne erzielt werden können?

Entwicklung der Löhne 1926.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts haben Lohnerhöhungen in den ersten neun Monaten 1926 nur in ganz geringem Maße stattgefunden. Meistens waren Lohnherabsetzungen zu verzeichnen. Die Entwicklung der Tariflöhne für gelernte und ungelernete Arbeiter in den letzten Monaten geht aus folgender Aufstellung hervor. Es handelt sich um tarifmäßige Lohnelöhne für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.

Produktionsmittelindustrien.

	April 1926		August 1926		September 1926	
	gel.	unget.	gel.	unget.	gel.	unget.
Bergbau	49,02	34,032	49,02	34,032	50,70	35,40
Metallindustrie	46,24	31,16	46,08	31,12	46,08	31,12
Chemische Industrie	40,90	34,56	40,90	34,56	40,90	34,56
Baugewerbe	55,23	44,74	55,03	44,62	55,03	44,62
Holzgewerbe	46,42	40,37	45,98	40,01	45,98	40,01
Papierergewerbe	32,64	29,33	32,64	29,33	32,64	29,33
Durchschnitt	47,09	33,99	46,99	33,96	47,52	34,30

Berbaugewerbeindustrien.

	April 1926		August 1926		September 1926	
	gel.	unget.	gel.	unget.	gel.	unget.
Textilind. (männl.)	30,05	25,10	29,95	25,10	29,95	25,10
Wollindustrie	48,10	42,37	48,62	42,85	48,75	42,98
Süß-, Bad-, Teigm.	41,33	35,66	41,33	35,66	40,75	35,18
Buchdruckgewerbe	46,05	40,16	46,05	40,16	46,05	40,16
Karton-Ind. (männl.)	38,02	32,030	37,015	31,53	37,015	31,53
Durchschnitt	38,76	33,20	38,74	33,20	38,71	33,15

Lohnerhöhungen waren mithin nur im Bergbau und im Bauereigewerbe zu verzeichnen. Niedrigere Löhne wie in der Bergbauindustrie von April zu September auf: Metallindustrie, Baugewerbe, Holzgewerbe, Textilindustrie, Süß-, Bad- und Teigwarenindustrie und die Kartonagenindustrie. Gleich geblieben ist die chemische Industrie, die papierergewerbliche Industrie und das Buchdruckgewerbe. Von den wenigen Industriezweigen also abgesehen, hat sich die Lage der Arbeiterschaft in den letzten Monaten nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Steigende Dividenden.

Die deutsche Industrie war im allgemeinen mit Dividendenzahlungen in den letzten Jahren zurückhaltend. Daraus resultierte nicht zuletzt der niedrige Kursstand der Aktienpapiere an der Börse im Vorjahre. An der Börse ist ja bekanntlich ein Umschwung eingetreten. In diesem Jahre haben sich die Kurse um das Doppelte oder das Mehrfache erhöht. Die Kommerz- und Privatbank spricht in ihrem letzten Wirtschaftsbericht davon, daß steigende Zukunftsaussichten in den höheren Klassen vorweggenommen sind und die Dividenden meistens erst in die Kurse hin-

einzuwachsen müsse. Die Commerzbank schreibt weiter: „Erfreulicherweise zeigen eine nicht unbedeutliche Anzahl von Aktiengesellschaften, deren Abschlüsse in der letzten Zeit bekannt geworden sind, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine höhere Dividende als im Vorjahre. Es sei auf folgende Beispiele verwiesen:

- Bank elektrischer Werke 9 statt 5 Prozent, Berliner-Neuroder Kunstankalen 8 statt 0, Brauerei Wahn u. Oherich 8 statt 0, Elektrische Licht- und Kraftanlagen 10 statt 8, Gold u. Kiesel 7 statt 0, Gladbacher Wolle 6 statt 0, Hindrichs u. Kuffermann 6 statt 0, Krosch Eisen 5 statt 0, Kaldnerwerke 5 statt 0, Köhn-Neuessen 5 1/2 statt 0, Kraftwerk Thüringen 9 statt 8, Lohmeyer 9 statt 8, Maschinen Baum 6 statt 0, Thüringer Elektrizität 7 statt 6, Wenderoth 9 statt 0, Zellstoffverein 8 statt 6 Prozent.

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß die Rentabilität der Industrie sich nicht wesentlich gehoben hat. Die Aktionäre können mithin auf gute Gewinne hoffen. Es erhebt sich die Frage, was aus der übrigen Bevölkerung, namentlich aus dem arbeitenden Teil derselben, werden soll. Hier ist die Situation zurzeit folgende: vor der Tür ein harter Winter, steigende Preise besonders für Lebensmittel, keine Aussicht auf Ausgleich durch Lohn- oder Gehalts erhöhungen. So ist die Lage der zwei Welten am Winteranfang 1926. Gewiß ein trostloses Bild!

Internationale Rundschau.

Erleichterung internationaler Hilfe.

Auf dem kürzlich abgehaltenen ordentlichen Kongress des Niederländischen Gewerkschaftsbundes wurde im Interesse wirksamerer internationaler Hilfeleistung der äußerst wichtige Beschluß gefaßt, daß die Exekutive in Uebereinstimmung mit den angeschlossenen Organisationen bei Streiks und Ausperrungen in anderen Ländern aus der Streikliste sofort einen maximalen Beitrag von 10 Prozent des Kasernenbestandes zur Verfügung stellen kann. Desgleichen können bis zum gleichen Maximum ausländischen Gewerkschaften Anleihen gewährt werden. Es wurde ausdrücklich festgelegt, daß es sich dabei nur um Hilfsaktionen handeln kann, die vom I.O.B. eingeleitet werden.

Der vor fünf Jahren gegründete und mit einem wöchentlichen Beitrag von 3 Cents pro Mitglied gespeiste Streikfonds des Niederländischen Gewerkschaftsbundes ist für holländische Verhältnisse sehr stark und umfaßt zurzeit mehr als eine Million Gulden. Die Aufnahme des obigen Beschlusses ist demnach keine leere Geste, sondern ein tatsächlicher Beweis internationaler Hilfsbereitschaft. Der Beschluß wurde gefaßt, um bei ernstlichen Konflikten in anderen Ländern sofortige tatkräftige Hilfe leisten zu können.

Sowohl anlässlich des großen Arbeitskonfliktes in Dänemark im Jahre 1925, als auch bei der Einleitung des Generalstreiks in England hat es sich in der Tat gezeigt, daß Hilfe nicht mit der Schnelligkeit geleistet werden kann. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß eine dem I.O.B. angegliederte Landeszentrale, die übrigens in der Vergangenheit bei jedem Aufruf des I.O.B. große Summen zur Verfügung stellte, durch diesen Beschluß eine noch schnellere Hilfeleistung ermöglicht.

Löhne und Arbeitszeit in Großbritannien.

Nach den amtlichen Statistiken des britischen Arbeitsministeriums über die Industrien in Großbritannien und Nord-Irland haben im Monat September 1926 die Wochenslöhne von 124.000 Arbeitern eine Verringerung von insgesamt 10.000 Pfund Sterling erfahren, während für 45.000 Arbeiter eine wöchentliche Lohnsteigerung von insgesamt 31.000 Pfund St. verzeichnet werden konnte. Folgende Uebersicht zeigt die wichtigsten Industriezweige, die in der Hauptsache von den Lohnschwankungen berührt wurden (in Pfund Sterling):

Industriezweigen	Zahl der Arbeiter mit		Veränderung der wöchentl. Lohnsumme	
	Lohn-erhöhung	Lohn-senkung	Lohn-erhöhung	Lohn-senkung
Stahl und Eisen	5.250	85.900	80	5.700
Textil	1.350	20.000	70	2.800
Lebensmittel und Tabak	24.500		1.830	
Anderer Gewerbe	14.500	18.100	1.130	1.500
Insgesamt	45.600	124.000	3.110	10.000

Die britische Regierung hat kürzlich den neuen Entwurf eines Fabrikgesetzes veröffentlicht. Obwohl in England der Achtstundentag fast allgemein auf Grund tarifvertraglicher Vereinbarungen durchgeführt wird, bestand nach dem Gesetz noch die Möglichkeit längerer Arbeitszeiten, insbesondere auch für die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Personen. Auf Grund des bisher geltenden Fabrik- und Werkstattegesetzes von 1901 können Frauen und Jugendliche in Textilfabriken bis zu 5 1/2 Stunden wöchentlich in allen anderen Betrieben bis zu 61 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Der neue Entwurf eines Fabrikgesetzes legt die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche grundsätzlich auf 48 Stunden wöchentlich fest. Er bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche. Die Gewerkschaften hoffen, im Verlaufe der Lesungen des Gesetzentwurfs im Parlament noch eine Reihe von Verbesserungen durchsetzen zu können.

Der Gewerkschaftsbund in Amerika.

Dem Jahresbericht des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre um 63.387 zurückgegangen ist und sich zurzeit auf 2.913.910 stellt. Den höchsten Stand verzeichnete der Gewerkschaftsbund im Jahre 1920 mit 4.100.000 Mitgliedern. Der Mitgliederertrag ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der mehr als 30.000 Mitglieder zählende Verband der Eisenbahn-Bureauangehörten suspendiert wurde. Von den 107 angeschlossenen internationalen (Kanada und Vereinigte Staaten) und nationalen Verbänden melden 26 Mitgliederverluste, 33 Gewinne und 48 stabile Mitgliederzahlen.

Im Laufe der Jahre hat sich der Gewerkschaftsbund ein allgemeines Programm gebildet, das die amerikanischen Gewerkschaften als das vollständigste Programm der Welt betrachtet, das alle Industriezweige betrifft, ohne daß dabei die gegenwärtige sozial- oder Gesellschaftsordnung in Gefahr gebracht wird. Dieses Programm lautet:

1. Erweiterung der demokratischen Funktion der Industrien, so daß die Arbeiter immer mehr bei der Leitung mitwirken können und sich die Gehe- und Regeln des industriellen Lebens, die nicht von Regierungen oder irgendwem von außen heraufgezwungen werden dürfen, durch die verschiedenen Faktoren der Organisation in der Industrie immer demokratischer gestalten.
 2. Der Lohn soll im gleichen Verhältnis steigen wie die Produktionskraft.
 3. Der Arbeitszeit und die Arbeitswoche sollen Stundenmäßig im gleichen Maßstabe abnehmen, wie die Produktion wächst.
- Die erste dieser Forderungen wurde vom Kongress in Portland formuliert, die zweite vergangenes Jahr in Atlantic City und die dritte in diesem Jahre in Detroit.
- Im Zusammenhang mit dem letzteren Programmpunkt wurde beschlossen, eine Kampagne zugunsten der fortwährenden Verkürzung der Arbeitszeit einzuleiten. Präsident Green kommentierte den Beschluß wie folgt: „Alle Industrien, die glänzende Gewinne machen — darunter vor allem die Automobilindustrie — waren dazu in der Lage, weil die Arbeiter die Gelegenheit hatten, in ihrer Freizeit die Produkte ihrer Arbeitszeit zu konsumieren. In die Liste dieser Industrien gehören u. a. die Automobilindustrie, die Automobilreifenfabrikation, die Industrie für Medizinartikel, das Bekleidungs-gewerbe.“
- Der diesjährige amerikanische Gewerkschaftskongress befaßte sich hauptsächlich mit der Organisationsfrage. Die Mitgliederzahl betrug, weil die A. F. of L. in den letzten 12 Monaten etwa 60.000 Mitglieder verloren hat und mit diesem Rückgang ein Anwachsen der Zahl der sogenannten „Company Unions“, d. h. jener Organisationen, die in Hand gingen, die die Unternehmer in ihren eigenen Betrieben errichten. Diese Verbände stellen in der Tat in Amerika für die freie Gewerkschaftsbewegung eine Gefahr dar. Gerade jetzt zeigt der in Amerika wütende Kampf in der Textilindustrie, in der ungefahr eine Million Arbeiter beschäftigt sind, daß die Arbeiter in ihren Verbänden, sich frei zu organisieren, der ganzen Brutalität der organisationswärtigen Unterdrückung und sogar der Repressions- und Polizeigewalt ausgeliefert sind. Die

der Apparat dieser „Company Unions“ funktioniert, zeigten die Ausführungen eines Delegierten, der auf eine bestimmte Firma zu sprechen kam, und sagte, daß dem Arbeiter keine Wahl gelassen werde, ob er der „Company Union“ des Unternehmens angehören wolle oder nicht. Im Augenblick, wo er in Arbeit tritt, wird er automatisch Mitglied und sein wöchentliches Beitrag von 45 Cents wird von seinem Lohn in Abzug gebracht? Hierfür zahlt die „Organisation“ seinen Hinterbliebenen im Todesfälle die Summe von 1000 Dollar. Da der Konzern 75.000 Arbeiter beschäftigt, so beläuft sich die Gesamtsumme der Beiträge jährlich auf etwa 1.755.000 Dollar, was ein gar nicht übles Nebeneinkommen der Firma bedeutet. Trotzdem lehnt die Firma jegliche Verantwortung für Krankheitsfälle und Arbeitslosigkeit ab. Diese Lasten werden auf die Behörden und schließlich auf die Steuerzahler abgeduldet.

Der Kongress beschloß die Einleitung einer Organisationskampagne, besonders in der Automobilindustrie. Die Kampagne soll zu Beginn des nächsten Jahres ihren Anfang nehmen und etwa zwei Jahre dauern. Die Exekutive wurde ferner ermächtigt, zur Finanzierung des Feldzuges spezielle Beiträge zu erheben.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Friedrich Himpel f. Am 10. November starb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager im Alter von 62 Jahren das Vorstandsmitglied Friedrich Himpel vom Deutschen Bergarbeiterverband. Himpel war Mitbegründer seines Verbandes und gehörte zu den Pionieren der Arbeiterbewegung. Er kämpfte mit in den vorbesetzten Reihen für Verbesserung der Lage der Arbeiter. Der Verstorbenen hat sich durch seine Tätigkeit ein dauerndes, ehrendes Andenken erworben.

Baldfeld Raundorf. Einen schweren Verlust hat unsere Baldfeld erlitten. In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober verunglückte der Kamerad Ernst Wiebich aus Wilschütz, im Zagebau der Grube Siegfried durch hereinfallende Kohlenmassen tödlich. Im Jahre 1919 siedelte er aus dem Mansfelder Revier ins mitteldeutsche Braunkohlenrevier über. Schon in seiner alten Heimat war er für unseren Verband tätig. Auch in unserer Baldfeld war er guter Funktionär. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat auch in der Berichtswache erfreuliche Fortschritte gemacht. Nach der Stichtagszählung vom 15. Oktober d. J. hat der Arbeitsnachweis Essen mit 3904 arbeitssuchenden Bergarbeitern weiterhin den schlechtesten bergbaulichen Teilarbeitsmarkt. Es folgen die Arbeitsnachweise Dortmund-Stadt mit 1988, Dortmund-Land mit 1704 und Recklinghausen mit 1290 arbeitssuchenden Bergarbeitern. In Höhe mit nur 872 arbeitssuchenden Bergarbeitern hat sich die Lage in letzter Zeit wesentlich gebessert. Um den günstigsten Rang streiten sich noch die Arbeitsnachweise Witten i. W. und Mülheim-Ruhr mit je 21 arbeitssuchenden Bergarbeitern. Ferner folgen die Arbeitsnachweise Schmelm mit 50, Osterfeld mit 60, Duisburg mit 67 und Dorsten mit 68 arbeitssuchenden Bergarbeitern.

Im Rahmen des zur Entlastung des bergbaulichen Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet vorgehenden Umsiedlungsprogramms haben während der Berichtswache die Umsiedlungen erwerbsloser Bergarbeiter nach der Braunkohlengrube Jünterherd bei Frankfurt a. d. O. begonnen. Insgesamt sind hier 80 Familienwohnungen zu besetzen. Weitere aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geförderte Wohnungen werden in kürzester Zeit im Nachener Steinkohlenbergbau und bei der Zeche „Westfalen“ in Witten bezugsfertig.

Gegen kommunistische Hetze im Ruhrgebiet.

Die Niedererrheinische Arbeiterzeitung, das Organ der KPD, hat im Verlauf der letzten Monate an Verleumdungen, Lügen, Verdrehungen über den englischen Bergarbeiterstreik und Stellung des Bergarbeiterverbandes soviel zusammengeschmiert, daß es zweckmäßig erschien, an berufener Stelle dazu Stellung zu nehmen.

Am 7. November fand in D e r h a u s e n, im Lokale Schopen, eine Konferenz der Vertrauensleute, Kassierer und Betriebsobleute des Bergarbeiterverbandes, Geschäftsstelle Oberhausen, statt. Folgende E n t s c h l u s s u n g wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die am 7. November im Lokale Schopen zu Oberhausen tagende Vertrauensmänner- und Betriebsoblenkoneferenz des Bergarbeiterverbandes, Geschäftsstelle Oberhausen, nimmt Stellung zum englischen Kampf und spricht der Verbandsleitung für ihr Verhalten und die Taktik während des Kampfes ihr volles Vertrauen aus. Ferner nimmt die Konferenz Stellung zur Schreibweise der kommunistischen „Niedererrheinischen Arbeiterzeitung“, besonders in letzter Zeit. Die in mehreren Artikeln enthaltenen Entstellungen, Unwahrheiten und Verdächtigungen der Verbandsinstanzen sind nicht geeignet, das Vertrauen zur Organisation zu stärken. Durch die ständige Beschimpfung der Führer wird Mißtrauen in die Mitgliedschaft hineingetragen und die Kampfkraft des Verbandes gelähmt. Ebenfalls wird die indifferente Bergarbeiterschaft durch eine derartige Schreibweise von der Organisation abgehalten. Die Konferenz fordert die Kameraden auf, die Sammlungen für die englischen kämpfenden Kameraden mit gesteigerter Kraft fortzusetzen. Ferner richtet sie den dringenden Appell an alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter, keine Uebersichten zu verfassen. Wer Uebersichten verfälscht, schädigt sich selbst und fällt den englischen Bergarbeitern in den Rücken.“

Selbst KPD-Funktionäre waren mit der Schreibweise der „Niedererrh. Arb.-Ztg.“ nicht einverstanden und stimmten für die Entschärfung. Wenn auch nicht erwartet werden kann, daß die Redaktion der „Niedererrh. Arb.-Ztg.“ sich nunmehr befeigtigt, weniger Unfug und Lügen zu verbreiten, so beweist die Stellungnahme der Funktionäre doch, daß sie mehr praktisches Verständnis für die ganze Frage und die wirklichen Verhältnisse besitzen als die kommunistischen Redakteure, die nur parteimäßig verleumdend.

Belegjahrsversammlung in Hamborn.

Am 1. November fand in H a m b o r n eine verhältnismäßig gut besuchte Belegjahrsversammlung der Schachtanlage Thyssen II und V statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Lage im Ruhrbergbau. Nach einem vom Kameraden T r o l l gehaltenen Vortrag: „Die Lage auf dem Kohlenmarkt“ wurde mit überwiegender Mehrheit nachstehende Entschliebung angenommen:

Die heute, im Lokale Rappers in Hamborn stattfindende Belegjahrsversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten bezüglich der Lage auf dem Kohlenmarkt einverstanden. In Erwartung des scharfen Konkurrenzkampfes, nach Beendigung des Kampfes im englischen Bergbau, fordert die Versammlung internationale Verständigung über die Kohlenabgabepreise. Dieser Verständigung ist um so notwendiger, da der unangeordnete Konkurrenzkampf alle am Bergbau Beteiligten schwer schädigt.

Die Versammlung spricht den englischen Bergarbeitern in ihrem heldenmütigen Kampfe, in der Abwehr von Verhinderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen die größte Sympathie aus. Sie in diesem Kampfe zu unterstützen ist beiligste Pflicht aller Bergarbeiter. Da ein Sympathiestreik keine Aussicht auf Erfolg hat, infolgedessen den kämpfenden Arbeitern in England nichts nützen kann, ist für sie die finanzielle Hilfe die wirksamste. Die Versammlung ersucht daher jedes Belegjahrsmitglied, soweit es in seinen Kräften steht, zu dieser finanziellen Hilfe beizutragen. Groß ist die Not in den kämpfenden Bergarbeiterfamilien. Eine Million Bergarbeiter mit ihren Angehörigen hungern. Laßt den Dürst nicht ungehört verhallen. Zeigt, daß die Solidarität kein leeres Wort ist und ihr euch eins fühlt mit den kämpfenden Bergarbeitern!

Die Versammlung ist weiter davon überzeugt, daß zur Abwehr von Verhinderungen und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, im nationalen wie internationalen Maßstab, starke nationale Gewerkschaften unbedingt erforderlich sind. Sie fordert deshalb alle Bergarbeiter auf, sofern sie ihrer Berufsorganisation noch nicht angehören, sich derselben anzuschließen und einzutreten in die Reihen derer, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Nur eine starke geschlossene gewerkschaftliche Organisation verbürgt den Erfolg.“

Der Jungtamerad

Nützet die Zeit!

Die kalte, unfreundliche Winterszeit verleitet uns vielfach den Aufenthalt im Freien. Das Verweilen in der Wohnung oder im Jugendheim während des Winters braucht jedoch nicht in Langeweile auszuarten; auch hierbei kann man angenehme und nützliche Stunden verleben.

Als liebe, begehrte Freunde erweisen sich dabei zunächst die Bücher. Nicht alle Bücher sind gut. Viele von den hochinteressanten Romanen sind kitschig und nur zu dem Zwecke des Geldverdienens geschrieben worden. Deshalb ist Vorsicht in der Auswahl geboten. Besonders sind die billigen marktgerichteten Broschüren und Schundhefte zu meiden. Um so mehr müssen die Bibliotheken unseres Verbandes benutzt werden. Hier bietet sich meist eine reiche Auswahl. Wer belehrende Unterhaltung sucht, benutze gute Romane und Erzählungen. Wer sein gewerkschaftliches und wirtschaftliches Wissen vertiefen will, findet gleichfalls zweckmäßige Literatur. Auf keinen Fall darf man zufällig wahllos zu einem Buche greifen. Man muß schon vorher wissen, was das Buch bedeutet und befragt sich am besten bei erfahrenen, älteren Kameraden.

Neben den Büchern suchen wir im Winter Kameradschaft und Geselligkeit. Mit Gleichgesinnten suchen wir Verkehr im Jugendheim oder in anderen Lokalen. Auch diese Stunden können richtig ausgenutzt werden. Statt über belanglose alltägliche Dinge zu reden, sollen wir uns Kenntnisse über wichtige Lebensfragen aneignen. Gute Vorträge über Beruf, Wirtschaft und Recht können die notwendige Anregung dazu vermitteln. Diese Veranstaltungen zu organisieren ist Pflicht und Aufgabe des Jugendobmanns. Hier hat er zu zeigen, was er kann. Er muß in geschickter Weise zur Versammlung einladen und einen geistigen, freundlichen Raum beschaffen, in dem sich jeder wohlfühlen kann. Ferner muß für das sorgfältig ausgewählte Thema ein geeigneter Referent besorgt werden. Im übrigen müssen die Versammlungen in kameradschaftlicher Weise, d. h. frei von jedem formellen Zwang, geleitet werden.

Sind am Orte nicht genügend junge Kameraden zu derartigen Veranstaltungen vorhanden, so ist ein Zusammenarbeiten mit benachbarten Zählstellen geboten. In vielen Fällen kann auch mit anderen freigezwecklichen Jugendgruppen gearbeitet werden.

Neben den mündlichen Vorträgen sind besonders auch Lichtbildvorträge erwünscht. Soweit die Organisationen nicht über genügend Lichtbildmaterial verfügen, können die staatlichen Lichtbildstellen für Jugendpflege benutzt werden.

Neben erster geistiger Bereicherung brauchen wir auch Spiel- und Feiernunden während des Winters. Diese Veranstaltungen zweckmäßig und würdig auszugestalten, ist wiederum Sache des Jugendleiters.

Der Winter bietet demnach reichlich Gelegenheit zur Schulungs- und Bildungsarbeit. Jeder Jugendleiter kann in vorgenanntem Sinne ein Stück Arbeit leisten, wenn er den ernsthaften Willen hat, seinen Posten richtig auszufüllen. Wer die praktischen Bedürfnisse der Jugend untersucht und ihnen Rechnung trägt, wird Anhang finden. So kann die Winterzeit für unsere Ideenverbreitung gut ausgenutzt werden. Wer möchte da untätig abseits stehen?

Empfehlenswerte Arbeitspläne und Bücher.

Als unentgeltliche Themen für Jugendversammlungen und Kurse in den kommenden Monaten können genannt werden:

- Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft,
- Entwicklung des Bergbaues,
- Der Kampf um den Kohlenmarkt,
- Unternehmensformen im Bergbau,
- Unternehmensorganisationen im Bergbau,
- Die Entwicklung des Bergbaues,
- Die Bedeutung des Bergbaues,
- Die übrigen Organisationen im Bergbau,
- Das Reichsstaatsstaatsgesetz,
- Tarifverträge im Bergbau,
- Bergarbeiterlohn,
- Die Entwicklung und Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung,
- Die Entwicklung und Bedeutung des Arbeitsrechts,
- Jugendfragen.

Diese Fragen sind außerordentlich wichtig und lehrreich. Jeder Kamerad sollte sie gründlich kennen. Denn nur wer diese grundlegenden Themen kennt, kann die Organisationsarbeit richtig durchführen. Im übrigen können nach Bedarf weitere Jugendfragen u. a. m. behandelt werden.

Als weitere Verbandsliteratur

- sind folgende Bücher sehr lesenswert:
- Die Bergarbeiter. (Zwei Bände.) Von Otto Hue.
- Die Bergarbeiter in Deutschland. (Verdünzte Ausgabe von Otto Hue.)
- Entstehung u. Entwicklung des deutschen Staatshaushaltsplans. Das bringen Reichsstaatsstaatsgesetz und Reichsstaatsstaatsgesetz für die Bergarbeiter?
- Das Reichsstaatsstaatsgesetz.
- Neu: Bergarbeiterlohn.
- Jahrbuch des Bergarbeiterverbandes.
- Protokolle der Verbandsgewerkschaften.
- Im Lande der billigen Kohle. Eine Amerika-Studie.
- Ueber gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen unterrichten in leichtverständlicher Form nachstehende Bücher:
- Geschichte der freien Gewerkschaften. Von Franz Siedler.
- Sozialgeschichte der freien Gewerkschaften. Von Franz Siedler.
- Die Gewerkschaftsbewegung. Von Franz Siedler.
- Handwerksgewerkschaften im Mittelalter. Von Franz Siedler.
- Kollektivismus im Lande der freien. Von Franz Siedler.
- Gewerkschaften und Arbeitsrecht. Von Clemens Reichel.
- Deutsche Geschichte. Von Franz Siedler.
- Geschichte Europas. (Zwei Bände.) Von Franz Siedler.
- Die Entwicklung der Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte. Von Reimer.
- Die Welt der Wirtschaft. Von O. Sahr.

Was soll ich lesen?

Die Entwicklung des Kapitalismus brachte gleichzeitig eine immer größer werdende Verelendung der proletarischen Volksschichten. Das Elend, die Not des Volkes rief eine Reihe von Dichtern auf den Plan, die das soziale Schicksal der unterdrückten Klasse zum Gegenstand ihrer Dichtung machten. Der große Franzose Emil Zola, der besonders dieser Dichtkunst die Bahn gebahnt hat, schrieb den großartigen Bergarbeiterroman „Germinal“. Daneben seien noch an anderen Werken des französischen Meisters erwähnt: „Arbeit“, „Das Geld“, „Der Hauch von Paris“, „Dr. Pascal“. Das Beispiel Zolas wirkte auch in Deutschland anfeuernd. Damals erschien das „Buch der Zeit“ von Arno Holz, Karl Henckell schrieb seine feurigen Gedichte und Gerhart Hauptmann gestaltete das Schicksal der unterdrückten Lohnarbeiter in seinem gemaltigen Drama „Die Weber“. In der Romanliteratur war es vor allem Max Kreher, der dem Naturalismus in Deutschland Anerkennung verschaffte. Genannt seien seine beiden Romane „Die Betrogenen“ und „Meister Timpe“. Hier muß ferner Clara Viebig erwähnt werden mit ihren Romanen: „Das tägliche Brot“, „Das Weiberdorf“ und „Die vor den Toren“.

Aus der Literatur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts interessieren uns ferner eine ganze Anzahl guter Schriften, in denen auch die sozialen Zustände der Zeit anklagen. Lesenswert sind: „Chronik der Sperlingsgasse“ und „Der Hungerpastor“ von Wilhelm Raabe, „Quitt“, „Eiji Briefe“ und „Frau Jenni Treibel“ von Theodor Fontane, „Die Kreuzschreiber“ von Anzengruber, „Das Gemeindefind“ von Maria v. Ebner-Eschenbach. Zu nennen ist hier ferner F. R. Jacobsons „Niels Lyhne“ und ganz besonders auch Gottfried Keller mit seinem großen Roman „Der grüne Heinrich“. Dem Kameraden, dem die mittelhochdeutsche Mundart vertraut ist, sei auch hier der Roman Ferdinand Krügers „Rugge Biäge“ empfohlen.

Die hohe weltgeschichtliche Ehre der Bestimmung der Arbeiterklasse muß alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen ihnen nicht mehr die Kaker der Unterdrückten, noch die müßigen Zerkünderungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll!

Wir wollen uns nicht nur vertraut machen mit der deutschen Literatur, sondern auch mit der guten Literatur des Auslandes. Der große Franzose Zola ist schon genannt. Von den früheren französischen Schriftstellern sind lesenswert: Victor Hugo: „Notre Dame von Paris“ und „Der Glöckner von Notre Dame“, Alexander Dumas: „Der Graf von Monte Christo“. Die historischen Romane Dumas' „Die drei Musketiere“, „Das Halsband der Königin“ u. a. sind zwar sehr spannend geschrieben, vermischen aber die tatsächlichen politischen Ereignisse in starkem Maße, so daß sie mit Vorsicht gelesen werden müssen. Vor allem sei auf die vielen Romane von H. de Balzac hingewiesen, von denen besonders genannt seien: „Bater Goriot“, „Die Schöpfung“, „Oberst Chabert“. In französischer Literatur kommen für uns noch in Frage: H. Barbusse: „Das Feuer“, „Die Hölle“, „Klarheit“ und „Die Kette“, Anatole France: „Der kleine Peter“, „Peter Rogiere“, Romain Rolland: „Meister Drengon“.

Um einige gute englische Dichter kennen zu lernen, sollten wir uns besonders mit Charles Dickens vertraut machen. Seine bekannten Romane: „Oliver Twist“, „Die Pickwicker“, „David Copperfield“ sowie die Erzählung „Das Weiden am Herd“ sind sehr interessant. Der bekannte englische Dramatiker, der Sozialist Bernard Shaw hat uns auch einige Romane geschrieben, die die moderne bürgerliche Gesellschaft in England charakterisieren:

„Die törichte Heirat“, „Künstlerliebe“, „Ein anderer moderner englischer Schriftsteller, Galsworthy, schrieb: „Die Fortüne Saga“, „Der weiße Affe“, „Der Menschenhändler“, „Die dunkle Blume“.

Vor allem ist den jungen Bergarbeiterkameraden auch die Lektüre der großen Russen anzuraten. Leo Tolstoi mit seinem großen Gesellschaftsroman „Anna Karenina“ ist nur von wenigen erreicht. Die Romane „Ankerfeste“, „Die Kreuzgenossen“, „Die Kojaken“, „Krieg und Frieden“ sind zum Teil sehr spannend geschrieben, bedürfen aber meist, wie fast alle Russen, ein gewisses Maß an Kultur, wobei der Leser dann allerdings viel Freude hat und manche neuen Erkenntnisse sammelt. Neben Tolstoi ist Dostojewski der größte russische Dichter seiner Zeit. Seine Romane: „Die Brüder Karamasow“, „Kaschkinow“, „Aus dem Dunkel der Großstadt“, „Die Dämonen“ eröffnen dem Leser die tiefsten Einblicke in den Strudel der menschlichen Leidenschaften und lassen die Zusammenhänge des menschlichen Gesellschaftslebens deutlich erkennen. Ein anderer Russe, Maxim Gorki, hat einige Romane geschrieben, die ein Spiegelbild werfen auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung im zaristischen Rußland. Solche Romane sind: „Die Mutter“, „Der Spitzel“. Von den Romanen Gorkis seien weiter erwähnt: „Eine Reichte“, „Drei Menschen“, der Romanband „Wie ein Mensch geboren wurde“ und der Erzählung vom Bucherzweigs herausgegebene Roman „Der Sohn der Kasse“.

Betrachten wir nun noch kurz, was sich aus jungen Arbeitern aus den wertvollen literarischen Erzeugnissen der letzten Jahrzehnte darbietet. Hier ist zunächst von den beiden Amerikanern Upton Sinclair und Jack London zu sprechen. Sinclair führt uns in seinem Roman „König Kohle“ in die Lebenswelt des amerikanischen Bergmanns. Der Roman „Hundert Prozent“ gibt uns einen Auschnitt aus dem Kampf der Arbeiterbewegung in Amerika. Andere Romane Sinclairs, alle außerordentlich spannend zu lesen, sind: „Juni Higgins“, „Samuel, der Endenbe“, „Der Schwanz“, „Jack London schrieb die Abenteuergeschichten: „Der Seewolf“, „Ein Sohn der Sonne“, „Mentener des Südens“, „Der Kampf“, ferner die Romane: „Lehrer des Goldes“, „Der Mann“. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung in Amerika schildert London in dem allerdings etwas phantastischen Buche: „Die eiserne Feste“, das aber deswegen besonders zu empfehlen ist, weil es die kümmerliche sozialistische Schamlosigkeit in leichter Weise veranschaulicht. Ein anderer Amerikaner, Trauben, schrieb Erzählung ein Buch, von der Büchergilde „Gartenberg“ herausgegeben, das

starkes Aufsehen erregt hat: „Das Totenschiff“. Hier sei auch noch auf den Bucherzweigsroman „Kreatur“ von Fr. Wolf hingewiesen. Neben uns sind nun noch kurz den Romanwerken unsere Arbeiterdichter zu. Karl Bröger schildert uns seine Jugend in dem Roman „Der Helm im Schatten“. Der Jugendroman des österreichischen Arbeiterdichters Alfons Behold nennt sich „Das rauhe Leben“. Der Däne Andersen Regö schrieb u. a. die Romane: „Stine Menschenkind“, „Sühne“, „Kinder der Zukunft“. Max Barthel gab einen Roman heraus: „Das Spiel mit der Puppe“. Alle diese Bücher verdienen es, von der Jugend aufmerksam gelesen zu werden.

Notizen.

Am 26. September fand in Königswinter eine Reichs-Jugendkonferenz des christl. Gewerksvereins statt. Als Gäste waren auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Reichspostminister a. D. Giesberts erschienen. Aus dem Konferenzbericht sind folgende charakteristische Einzelheiten und Bemerkungen erwähnenswert:

„In Detmold haben wir das Aufgabengebiet unserer Bergarbeiterjugend klar gekennzeichnet: Wir wollen dadurch daß wir sittlich starke und berufstätige Menschen schaffen, am ideellen und materiellen Aufstieg unseres Standes und Volkes mitarbeiten.“

Auch am sittlichen Aufstieg der Bergarbeiterjugend haben wir in den rückliegenden Jahren gearbeitet. Gemeinsam mit den konfessionellen Jugend- und Standesvereinen (!) wollen wir religiös denkende und handelnde Menschen heranzubilden. Nur eine Jugend die Achtung besitzt vor der göttlichen, elterlichen und staatlichen Autorität, wird in der Lage sein, die großen Zukunftsaufgaben zu lösen.“

Die Frage der Einheitsgewerkschaften wurde eingehend erörtert. Alle Diskussionsredner, die sich hierzu äußerten, gaben übereinstimmend ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß in absehbarer Zeit dieser Begriff lediglich ein Schlagwort sei. Die praktische Durchführung sei unmöglich, weil dieselben Gründe, die bei Einführung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter maßgebend waren, auch heute noch beständen. Ein Kamerad betonte: „Wir müssen uns mit mehr Mut für die christliche Weltanschauung einsetzen.“

Wir brauchen gerade in der heutigen Zeit, die so voll ist von Materialismus und Egoismus, die nur an sich denkt, eine Arbeiterbewegung, die die ewigen und unergänglichen Ideen des Christentums als Leitlinien auf ihre Fahnen geschrieben hat und verlangt, daß diese Grundidee Anerkennung finden im Wirtschaftsleben. Der Materialismus und die Verleugnung eines ewigen Gottes als Richter der Menschen ist eine Quelle unserer Not. Wollen wir diese Quellen verschöpfen, müssen wir auf der Weltanschauungsgrundlage des Christentums stehen.

Die Welt kann nur genesen, wenn die Menschheit wieder anerkennt die ewigen Sittengesetze des Christentums. Nur wenn wir den Menschen betrachten als ein von Gott erschaffenes Wesen mit einer ewigen Bestimmung, kann man überzeugt sein, daß er nicht als Spekulationsobjekt betrachtet wird.“

Ueber die neuerdings im Ruhrgebiet eingerichteten Lehrwerkstätten haben wir schon öfters berichtet. Wir stehen diesen Einrichtungen nicht ganz ablehnend gegenüber, soweit die berufliche Ausbildung gefördert wird. Ganz entschieden lehnen wir es aber ab, daß die Lehrwerkstätten zur Erziehungskstätten für die Berggemeinshaftsidee werden. Daß nach dieser Richtung gearbeitet wird, beweisen ein Bericht von der Ruhrische Zentrum-Morgenpost. Darin heißt es:

„Eine weitere Aufgabe stellt sich die Lehrwerkstätten in der physikalischen Unterweisung in Sport und Sportspielen als Ergänzung nach der Arbeit und zur Freude der Berglehrlinge. An Tage der theoretischen Unterweisungen findet eine Stunde obligatorischer Turnen statt. An zwei Abenden der Woche turnen die Berglehrlinge in einem lokalen Turnverein und finden hier in den fremden Turnkameraden eine sehr angebrachte nützliche Konkurrenz. Es besteht ein Lehrlings-Sportverein und es ist zu hoffen, daß mit der besseren Jahreszeit und mit dem Weik des Sportplatzes, den sich die Jungen zurzeit selbst anlegen, die Turnerei und der Sport einen noch regeren Zuspruch finden werden. Dem Verlangen der Jungen nach Baden und Wandern wird bei wärmerem Wetter ebenfalls stattgegeben. Dabei sollen nicht nur die Ruhr und ihre Berge das Wanderziel sein, sondern an Sonn- und abend-Nachmittagen größere Ausflüge in die Weide angetreten werden, die den Sonntag über die Jungen in der Natur festhalten. Unendlich viel erzieherische Momente ergeben sich auf solchen Wanderungen, die selbstverständlich unter Aufsicht der Lehrwerkstättenleitung (!) stattfinden. Neben einer Entspannung nach der Arbeit wird der Körper gestärkt und wendig gemacht, die Freude an der Natur, an unserer deutschen Heimat gewahrt und vermehrt, der Körpergeist gepflegt und Entschluß- und Tatkraft gestärkt. Gerade diese beiden letzteren gebraucht der Bergmann für seine Arbeit, die ihn oft vor die Notwendigkeit stellt, sich im Interesse seiner selbst und seiner Arbeiterkameraden schnell zu entschließen.“

Im kommunistischen „Ruhr-Echo“ (Essen) vom 26. Okt. d. J. schimpft ein Artikelschreiber, wie gewöhnlich, gegen die Leitungen des Verbandes und fordert die Jugend zur Opposition an, weil „die Leitungen keine genügende Werbung propagieren“.

Dabei bringt dieser Schreiber in seinem Artikel Zahlenmaterial, das längst von unserem Verband zusammengefaßt und veröffentlicht wurde. Was zur Ausbildungsfrage gesagt wird, ist auch nichts neues, sondern schon wiederholt in fast jeder Weise in unserer Zeitung dargelegt worden. Es wird weiter in einer Weise über den gesellschaftlichen Jugendstand geschimpft, die vermuten läßt, daß der Schreiber nicht viel davon kennt. Für die Behauptung, daß die Jugendstuhbestimmungen nur auf dem Boden stehen und Jugendliche trotzdem unter 16 Jahren unterrichtet beschäftigt werden, wären wir für praktische Zwecke dankbar.

Wenn die kommunistische Opposition also nur darin besteht, Verbandsforderungen im Polsteron und ungenügender Weise wiederzugeben, so ist das nicht nur eine freie Annahme, sondern schabiges charakterloses Verhalten. Wenn diese Art von „Klassenkampf“ hantlerot macht, braucht man sich nicht zu wundern. Daß Bedauernswerte bei der ganzen Sache ist, daß ernsthafte gewerkschaftliche Forderungen dadurch mißkreditiert werden und daß andererseits immer noch Arbeiter gibt, die das tägliche Mandat der kommunistischen Taktik nicht durchschauen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 47. Woche (vom 14. bis 20. November) fällig.

Auszahlung von Unterstufungen.

Oberplanitz. Jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags von 9 bis 12 Uhr, in der 'Jägerstube'.

Bücherrevue.

Berries. Am Sonntag, den 12. Dezember.

Schluss des redaktionellen Teils.

Sicht und Rheumatismus sind ein quälendes Leiden. Wenn Ihnen Linderung und Hilfe not tut, wenden Sie sich an den Generaldeput der Viktoriapothete, Berlin A 468, Friedrichstr. 19.

Viele hundert Nachahmungen haben Kathreiners Malztafelfabriken bekämpfen müssen - auch um die Hausfrau vor Schaden zu bewahren.

gleichwertige, ungepackte Ware zu verkaufen. - In ihrem eigenen Interesse darf die Hausfrau nur den 'echten Kathreiner' nehmen.

Baden ist leicht! Viele Hausfrauen haben bisher überhaupt nicht oder nur den einfachsten Klavierschen gebadet, trotzdem sie fürs Leben gern einmal eine selbstgebadene Torte oder nettes Badewort auf den Familientisch stellen möchten.

Die Firma Georg Prinz, G. m. b. H., Nürnberg 303, mechanische Webereien-Anstaltungs-Fabrikations-Betrieb, verwendet gegen Nachnahme zu den denkbar billigsten Preisen Baumwollwaren und Kleiderstoffe aus reinen, echten und edlen Woll- und Baumwollgarnen.

Salit ZUM EINREIBEN bei Rheumatismus, Gelenks-, Gicht-, Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten.

Salit bringt durch die Haut in den Körper, befreit also im Gegensatz zu Medikamenten, die man einnimmt, weder Magen noch Darm. Man frage seinen Arzt.

Togal Tabletten hervorgehend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten.

Beim Nachfüllen

Table with 4 columns: Grösse Nr. 0, 1, 2, 3. Row 1: 0.22, 0.43, 0.65, 1.25.

MAGGI Würze

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gefällig nichts anderes als Maggi's Würze feilgehalten werden.



10 Eisenbahnwagenladungen in sehr guten Qualitäten Baumwollwaren und Kleiderstoffen. List of various goods and prices.

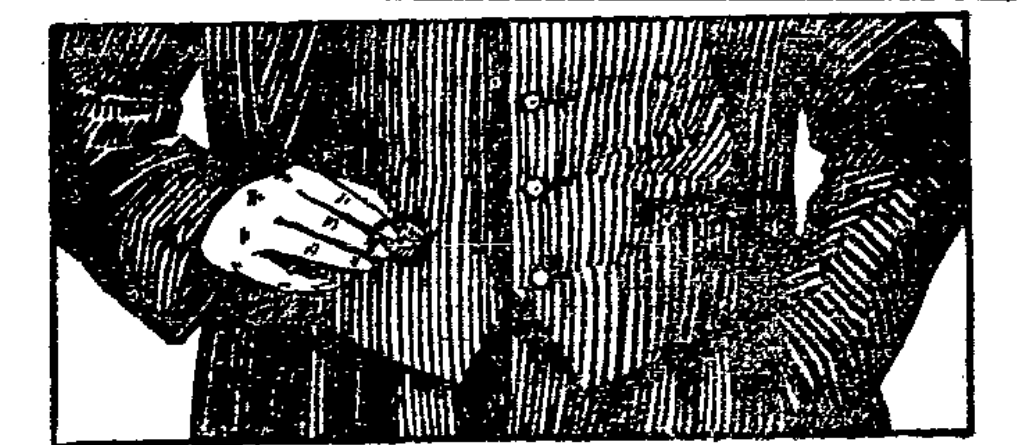
BETTEN. von Prima hochfein echt rot. Bettfedern, Bettdecken, etc.

Quieta als Kaffee! Frau M. L. in P. schreibt: 'Wenn ich anderen Kaffee verwende, ist mein Mann stets krank, weil er mit dem Magen zu tun hat.'

Gute Taschenuhr, bern., nur 2,75 Mk. Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisotr. 3.

Preisabbau in Böhm. Bettfedern. keine unbrauchbare, ungeringste Sorten.

Anzug-, Paletot- und Damen-STOFFE. liefern direkt an Private.



In der Westentasche des Herrn sowie in der Handtasche der Dame sollte niemals ein Päckchen WRIGLEY P.K. Kau-Bonbons fehlen.

WRIGLEY KAUBONBONS. Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Überall erhältlich!

Böhm. Bettfedern und fertigen Betten. Gute Bettfedern, gut gewaschen, etc.

Hochfeine Harzer Edelrollen. St. Effert, mit zarten, feinen Holzrollen.

Rationelle Haarpflege. Kölnisch-Wasser Shampoo. Chemisch-techn. Gesellschaft von Malottki & Co.

Tabak. Bernh. Sido, Heidelberg 95 (Baden). Bismarck, Kaiser, etc.

Schweine-Schweinchen. Kleinfleisch, Reichel: Fässler, Nürnbergs Schlachthaus.

Bettfedern aus erster Hand! 20 Meter Damenstoff. od. 10 Meter Herrenstoff.

Schweinsköpfe. geräuchert, mit dicker Fleischhaut, monatlich.

Billigste u. realste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern. wie u. v. Ganz gewaschen.

Billige böhmische Bettfedern 50. 1 Stk. große geschliffene, 2 Stk. halbe weisse.

Reine Gänsefedern mit Daunem. ungerollte Fed. 1,25, 2,50, 3,00, 4,00, 5,00.

Zur Weihnachtsfeier! Spielwaren, Christbaumschmuck, etc.

Zum Weihnachtsfeste. Spielwaren, Christbaumschmuck, etc.

Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus.

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister, Einkerkelungen, Entzündungen, Nerven, Gelenke usw. wissen meistens nur für einige Zeit die Schmerzen, aber sie wachen nicht immer das Leben an der Wurzel.

Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es selbst versuchen, ohne daß es Sie etwas kostet; aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie den folgenden Brief:

Ich möchte Ihnen heute meinen Dank aussprechen für die Wunder wirkenden Gichtofin-Tabletten.

Leide schon 15 Jahre an rheumatischen Schmerzen im Arm, Rücken sowie in den Beinen. Habe schon allerlei Mittel versucht, aber nichts half. Auf Anraten meiner Frau versuchte ich auch einmal Ihre Gichtofin-Tabletten, und die Wunderwirkung blieb nicht aus. Ich spüre keine Schmerzen mehr. Bei meinen 66 Jahren kann ich wieder gut laufen und meine Arbeit verrichten.

Ich sage Ihnen nun meinen besten Dank, und kann jedem Leidensgefährten Gichtofin-Tabletten warm empfehlen.

W. B. i. Sch.

Solche Briefe besitze ich Laufende, und nun hören Sie weiter: Gicht und Rheumatismus können nur von innen heraus wirkend beseitigt werden durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist ver-

unreinigt durch zurückgebliebene harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts.

Zur Beseitigung der Harnsäure aber dient das Gichtofin.

Sie können das glauben oder nicht, aber sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Teilen Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Viktoria-Apothek Berlin A 466, Friedrichstraße 19; es geht Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtofin mit weiteren Aufklärungen und genauer Gebrauchsanweisung zu.

Wenn Sie sich überzeugt haben, so steht es Ihnen frei, mich von dem Mittel zu beziehen oder es in einer dortigen Apotheke zu kaufen.

Gichtofin ist in allen Apotheken zu haben.

Anzüge

5 Tage zur Probe

2--

Walter B. Garz, Berlin S 42, Post. 829 B

Käse

Volksfürsorge

Gebrüder Schmidt, Berlin S 42, Post. 829 B

Reklamepreis nur 4.00 Mark

Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175, Franzstr. 14

Bettfedern

Gustav Lustig

Berlin 1, Prenzlauerstr. 45

MILK

Blutband

Stee Butter

Feinkostmargarine

1/2 Pfd. 50 Pf.

Direkt ab Fabrik!

Mama-Puppen: 12 Stimm, ungeschliffen, Sub oder Kopf 55 70 85 cm groß

2--

Milon Gehler, Puppenfabrik, Steinach, Thür.-W.

Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175, Franzstr. 14

Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175, Franzstr. 14

Photoapparate

Dresden

Formen zum Selbstgießen von Bleifiguren

Gebr. Schneider, Gießformen-Fabrik, Leipzig N. 22-30, Hallische Straße 119-121

billige böhmische Bettfedern!

S. Benisch, Brog XII, Böhm. Kramertova Nr. 26/709.

„Latz“

Geffügelfutter

Meinel & Herold

Musikinstrumente-Sprechapparate- u. Harmonikafabrik

Klingenthal No. 146

versenden direkt an Privats zu vom Käufers bestaunten niedrigen Preisen

Bandwurm mit Kopf

Bandwurm mit Kopf

Deutschtum-Geld-Lotterie

120000

60000

50000

10000

Billige böhm. Bettfedern!

S. Benisch, Brog XII, Böhm. Kramertova Nr. 26/709.

Weihnachts-Preisliste

Glas-Christbaumschmuck

Theodor Müller-Höpper Glaswarenfabrik

Käse billiger!

O. Danke, Kase-Hamburg 21, B 56.

Kugeln

Kugeln

Weihnachten kommt!

Schleizer Käse

Existenz!

Betreter(innen)

Ernst Mühlhoff, Exportkonditor, Evcking i. Westf.

Süddeutsche Bettfedern- und Betten-Fabrik

Paul Hoyer, Deitzsch (Provinz Sachsen), Amersb. 4

Honig

Honig

Eucalyptusöl

Eucalyptusöl

Pflaumenmus

Pflaumenmus

Meiner. Eckstein, Nappelsberg Nr. 107

Junghühner

Junghühner

Geffügelhof Raib, Nieschen in Söden.

Honig

Honig

Wollwachen und Schafwolle

Wollwachen und Schafwolle

Biengsong-Essenz

Biengsong-Essenz

Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden A, Marschstr. 27.

Laubsägerei

Laubsägerei

J. L. Rehn, Maxdorf 9 (Pflanz), Pflanzgr. groß und feine.

Käse

Käse

Neue Gänsefedern

Neue Gänsefedern

Fritz Rauer, Weidenbach, Weidenbach und Gänsefedern-Fabrik